

Zwölfte Sitzung – Douzième séance

Mittwoch, 17. Juni 1992, Vormittag
Mercredi 17 juin 1992, matin

08.00 h

Vorsitz – Présidence: Herr Nebiker/Herr Schmidhalter

92.010

Landwirtschaftsgesetz. Änderung (1. Teil) Loi sur l'agriculture. Modification (1ère partie)

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 1016 hiervoor – Voir page 1016 ci-devant

Ordnungsantrag – Motion d'ordre

Hämmerle: Ich stelle Ihnen den Ordnungsantrag, dass wir den Antrag der Minderheit III (Jaeger) zu Artikel 31a Absatz 1 gemeinsam mit dem Antrag Bircher Peter zu Artikel 31b Absatz 1c und dem Antrag der Minderheit Strahm Rudolf zu Artikel 31c behandeln.

Die drei Anträge beschlagen alle das gleiche Thema, nämlich das Verhältnis von Artikel 31a zu Artikel 31b, die Gewichtung. Es macht wenig Sinn, jetzt den Antrag der Minderheit III (Jaeger) zu bereinigen, in zwei Stunden über den Antrag von Bircher Peter zu diskutieren, der das gleiche Thema beschlägt, und in vier Stunden über den Minderheitsantrag Strahm Rudolf für einen neuen Artikel 31c, der nochmals das gleiche Thema behandelt.

Ich möchte Ihnen folgende Vorschläge machen:

1. Ueber diese drei Anträge ist gemeinsam zu diskutieren.
2. Ueber den Antrag der Minderheit I (Baumann) zu Artikel 31a, der eine andere Konzeption vorschlägt – nämlich nur einen Artikel –, ist am Schluss zu diskutieren, wenn bekannt ist, was in Artikel 31a und 31b stehen soll: Diesem Ergebnis ist dann der Antrag der Minderheit I (Baumann) gegenüberzustellen.

Das hätte zur Folge, dass wir jetzt bei Artikel 31a Absatz 1 nur über die Anträge der Kommissionmehrheit und über den Antrag der Minderheit II (Gros Jean-Michel) diskutieren, dann – wie vereinbart – absatzweise vorgehen und am Schluss der Beratungen den Antrag der Minderheit III (Jaeger) zusammen mit dem Antrag Bircher Peter zu Artikel 31b Absatz 1c und dem Minderheitsantrag Strahm Rudolf zu Artikel 31c diskutieren und bereinigen würden. Das wäre ein sauberes Vorgehen, und es wäre auch verhandlungsökonomisch richtig. Ich danke Ihnen dafür, wenn Sie diesen Ordnungsantrag annehmen.

Schwab: Ausnahmsweise bin ich mit Herrn Hämmerle voll einverstanden. Wir haben hier materiell eine Einheit. Man sollte diese Anträge gemeinsam diskutieren. Das würde Zeit sparen und Klarheit schaffen.

Ich bitte Sie, diesem Ordnungsantrag Hämmerle zuzustimmen.

Kühne, Berichterstatter: Wir haben zwei Fragen zu entscheiden: die Frage der Minderheit III (Jaeger) zu Artikel 31a Absatz 1 sowie die Anträge der Minderheit Strahm Rudolf (Art. 31c) und von Bircher Peter (Art. 31b Abs. 1c) betreffend

die Gewichtung, also die Kanalisierung der Geldströme gemäss den Artikeln 31a und 31b.

Ich bin einverstanden, dass man das gesamthaft diskutiert. Ich würde Ihnen aber empfehlen, die grundsätzliche Weichenstellung jetzt vorzunehmen, also über den Antrag der Minderheit I (Baumann) jetzt zu entscheiden in dem Sinne, ob Sie zwei Artikel gemäss dem Konzept des Ständerates und des Bundesrates wollen.

Wenn Sie diesen Antrag parallellaufen lassen mit dem Antrag der Mehrheit, also der Marschrichtung Bundesrat/Ständerat, führt das zu zusätzlichen Konfusionen.

M. Couchepin, rapporteur: M. Kühne suggère de traiter d'abord la direction de la marche, soit la proposition de la minorité I qui voudrait réunir les deux articles en un seul. Cette procédure est assez logique, c'est-à-dire décider le principe d'un ou de deux articles et ensuite, si l'on opte pour deux articles, adopter une procédure similaire à celle proposée par le président du conseil.

Präsident: Herr Hämmerle hat in seinem Ordnungsantrag zwei Probleme zur Diskussion gestellt:

1. Herr Hämmerle beantragt, dass wir gemeinsam über alle Anträge diskutieren und abstimmen, welche die Aufteilung der Beiträge nach einkommenspolitischen und umweltpolitischen Gesichtspunkten betreffen. Das wären der Antrag der Minderheit III (Jaeger) zu Artikel 31a Absatz 1, der Antrag Bircher Peter (Art. 31b Abs. 1c) und der Minderheitsantrag Strahm Rudolf (Art. 31c). Die Kommissionssprecher unterstützen diesen Punkt des Ordnungsantrags.

2. Herr Hämmerle stellt den Antrag, über den Minderheitsantrag I (Baumann) erst abzustimmen, wenn die Vorlage behandelt ist, weil es sich dabei um eine Grundsatzabstimmung handelt. Die Kommissionssprecher sind demgegenüber der Meinung, den Entscheid gleichzeitig zu fällen.

Ich schlage Ihnen vor, dass wir dem ersten Punkt des Ordnungsantrags Hämmerle zustimmen. Hingegen ist es auch nach meiner Meinung für die Verhandlungsführung und für die Abstimmung einfacher, wenn wir nach der Diskussion über Artikel 31a Absatz 1 entscheiden, ob wir das Konzept Baumann (ein Artikel) oder das Konzept Bundesrat, Ständerat und Kommissionmehrheit (zwei Artikel) wollen.

Thür: Diese Fragestellung ist so nicht richtig. Die Minderheit I (Baumann) will ja nicht etwas grundsätzlich anderes, als in den Anträgen von Minderheit III, Bircher Peter (Art. 31b Abs. 1c) und Minderheit Strahm Rudolf (Art. 31c) vorgeschlagen wird.

Es geht auch bei der Minderheit I (Baumann) um die Frage der Gewichtung. Nur verschiebt sie das Gewicht noch weiter in Richtung des Artikels 31b.

Von daher scheint es mir richtig, die Frage der Gewichtung, die verschiedene Schattierungen beinhalten kann, im gleichen Durchgang zu behandeln und – wie Herr Hämmerle vorschlägt – alles zusammen zu beraten.

Ich bitte Sie, dem Ordnungsantrag Hämmerle zuzustimmen.

Punkt 1 – Point 1
Angenommen – Adopté

Punkt 2 – Point 2

Abstimmung – Vote

Für den Ordnungsantrag Hämmerle
Dagegen

40 Stimmen
69 Stimmen

Art. 31a Abs. 1 (Fortsetzung), Art. 31b Abs. 1c, Art. 31c
(Anträge siehe Seiten 1040 und 1069)

Art. 31a al. 1 (suite), art. 31b al. 1c, art. 31c
(propositions voir pages 1040 et 1069)

Bircher Peter: Ich habe einen Antrag auf Einfügung von Absatz 1c (neu) in Artikel 31b eingereicht.

Die ganze gestrige Eintretensdebatte habe ich sehr gut mitgehört. Mindestens einzelne Voten uferen wieder etwas aus in das alte Hickhack rechts/links oder Bauern/Grüne. Bei nä-

herer Analyse geht das aber völlig daneben. Es sind eine Fülle von Argumenten vorhanden, die eine gemeinsame Linie aufzeigen, vor allem, wenn man sich an praktischen Gegebenheiten orientiert. Ich möchte meinen Antrag aus der Praxis begründen.

Ich wohne von Kindsbeinen an in einem Dorf, wuchs auf einem Bauernbetrieb auf und bin heute Präsident einer Regionalplanungsgruppe im oberen Fricktal. Hier wird von Naturschützern seit Jahren das wegweisende Projekt «Vernetzte Lebensräume» angegangen, und 1991 startete mit Unterstützung des Bundes und des Kantons Aargau das Pilotprojekt «Naturgemässe Kulturlandschaft Fricktal». In engster Zusammenarbeit mit den Gemeindebehörden in elf Gemeinden und mit den hier wirkenden Bauern ist ein Beitragssystem entwickelt worden, das zum Beispiel die Bedingungen für die integrierte Produktion wie auch die Bewirtschaftung naturnaher Landschaften usw. regelt. Die bisherigen Erfahrungen sind ermutigend. Landwirte, die sich engagieren, bewirtschaften etwa 40 Prozent des Kulturlandes im Projektgebiet. Mit ihnen werden gesamtbetriebliche Verträge abgeschlossen, in denen besondere Leistungen für Umwelt, Natur und Landschaft gezielt abgegolten werden.

Konkrete Folgerungen aus diesen Erfahrungen, aus diesem Projekt für diese Gesetzesberatung: Eine allgemeine Ausschüttung von Direktzahlungen – wie unter Artikel 31a vorgesehen – ist grundsätzlich zu befürworten, auch die saubere Trennung nach Kriterien (Art. 31a und 31b). Aber der freiwillige Weg für gesamtbetriebliche Verträge bezüglich Abgeltung für Leistungen für Umwelt, Natur und Landschaft muss entschieden geöffnet werden, als das die Vorlage und die Finanzplanung für die nächsten Jahre vorzeigen. Diese Forderung ergibt sich zwingend aufgrund der konkreten Erfahrungen.

Was spricht für diesen Weg der Vertragsförderung? Die Projekterfahrungen zeigen eine hohe Akzeptanz unter den Bauern. Die Verträge sind auf Dauer angelegt, in der Regel für sechs Jahre. Der Bauer weiss, woran er sich zu halten hat. Er ist nicht auf der ganzen Linie den hohen Marktunsicherheiten ausgesetzt. Er erlangt eine gewisse Sicherheit nach jahrelangen Unsicherheiten; das ist – auch aufgrund labiler Zukunftsaussichten, Stichwort Gatt – ein hoher Wert. Verträge sind auch ein Nein zum «Kässelsystem». Beiträge aus x Kanälen sind längst verpönt. Es bleibt aber bei der Freiwilligkeit.

Solche Verträge weisen auch den Vollzugsweg. Wir können im Vollzug nicht alles den bisherigen Instanzen überlassen, sondern wir müssen die Sache möglichst auf der Ebene des einzelnen Bauernbetriebes zu bündeln versuchen. Ein klares, überschaubares System hat dann auch Akzeptanz im Volk. Es ist sehr wichtig, dass wir diese Landwirtschaftspolitik erklären können – vor allem, wenn wir mehr Geld brauchen, sei es aus der Wust oder aus der Mehrwertsteuer. Der Vertragsweg – das wurde auch schon ausgeführt – führt zu einer sicheren Produktionsentlastung. Diese könnte man sonst nur mit einer Kontingentierung erreichen, die aber niemand will. Der Vertragsweg ist hier das Richtige.

Ich meine, dass wir mit meinem Antrag eine etwas flexiblere Lösung herbeiführen können, dass eine dynamische Entfaltung bei Artikel 31b möglich ist. Wir können ein Gleichgewicht von Artikel 31a und Artikel 31b nicht von heute auf morgen erreichen. Der Abschluss dieser Verträge braucht etwas Zeit, aber mittelfristig soll eine Annäherung stattfinden.

Ich möchte mit allen Mitteln ein Referendum verhindern. Die Bauern müssen rasch wissen, wo sie stehen. Ab 1993 sollten definitive Wege feststehen.

Ich betone nochmals: Der Vertrag ermöglicht eine Bündelung auf Betriebsstufe und ist damit ein grosser Beitrag für mehr Durchschaubarkeit, für einfacheren Vollzug, für schlichtweg klare Verhältnisse. Markt, Natur und staatliche Hilfe: in diesem guten Dreiklang muss unsere Landwirtschaftspolitik gestaltet werden. Ich meine: Mit dieser Öffnung zum Artikel 31b, wie ich sie vorgeschlagen habe, kommen wir dem einen wichtigen Schritt näher.

Strahm Rudolf, Sprecher der Minderheit: Es scheint einige Verwirrung zu herrschen über die Prozeduren. Ich möchte vorausschicken – und da schliesse ich mich Herrn Bircher Peter

an –: Die Frage der Gewichtung der Mittel nach Artikel 31a und 31b ist nicht eine Frage von links oder rechts oder eine Frage von grün oder nicht grün, sondern eine Frage der Orientierung der Agrarpolitik.

Zuerst zum Formellen: Ich spreche zum Artikel 31c. Meines Erachtens wäre der Ort richtig mit Artikel 31c, weil sich der Artikel 31c auf 31a und 31b bezieht. Normalerweise macht man dafür einen neuen Artikel. Im Prinzip entspricht der von mir vertretene Minderheitsantrag mit Nuancen dem Antrag Bircher Peter zu Artikel 31b Absatz 1c und dem Antrag der Minderheit III (Jaeger) zu Artikel 31a Absatz 1.

Ich meine, es wäre richtig, wenn die Abstimmung am Schluss käme, wenn der Inhalt der Artikel 31a und 31b bekannt und bereinigt ist. Erst dann sollte man über die Verteilung der Mittel reden.

Zum Inhaltlichen: Es handelt sich um den Schicksalsartikel der Vorlage. Artikel 31a ermöglicht dem Bund Direktzahlungen an die konventionelle Landwirtschaft; sie werden nach Betrieb und nach Fläche ausbezahlt. Artikel 31a wird in der Praxis nach dem Motto angewendet werden: Wer da hat, dem wird gegeben. Die Grösseren werden mehr erhalten. Und es werden mit Ausnahme der Einhaltung der bestehenden Gesetze keine ökologischen Auflagen verbunden sein. Vor allem etwas ist wichtig: Mit Artikel 31a ist keine Extensivierung verbunden. Artikel 31b ist nicht nur ökologischer, sondern er beinhaltet auch ein Lenkungsinstrument: eine Komponente, die auf Extensivierung hinführt, auf eine Rücknahme der Produktion. Hier muss ich etwas zu den Ueberschüssen sagen: Das Teuerste – und für die Bauern übrigens das am wenigsten Effiziente – ist die Verwertung der Produktionsüberschüsse. Von einem Franken Direktzahlungen bleibt ein Franken beim Bauern. Wenn Sie einen Franken zur Ueberschussverwertung einsetzen, z. B. zur Verwertung von Käse (Exportsubventionen usw.), bleiben von diesem Franken nur 34 Rappen beim Bauern. Die anderen zwei Drittel des Betrages versickern irgendwo in der Maschinerie. Nur Artikel 31b bringt eine Verminderung solcher Produktionsüberschüsse. Deswegen scheint es uns wichtig, dass ein Gleichgewicht zwischen Artikel 31a und Artikel 31b besteht.

Ich wiederhole die Zahlen des Finanzplans: Nach dem Finanzplan werden nach Artikel 31a im ersten Jahr 150 Millionen Franken ausgeschüttet und nach Artikel 31b, also für Ökologisierung und Extensivierung, 20 «Milliönnen». Die Beträge werden dann im dritten Jahr ansteigen. 1995 sind nach Finanzplan Direktzahlungen nach Artikel 31a für 350 Millionen Franken vorgesehen und nach Artikel 31b für 40 «Milliönnen». Das Verhältnis wird sich nach dem Finanzplan also sogar von 7 zu 1 zu 9 zu 1 verschlechtern. Das sind die Zahlen, die der Bundesrat aufgrund des Finanzplanes verbindlich bekanntgegeben hat. Wegen diesem Missverhältnis wird jetzt dieser Artikel zum Schicksalsartikel.

Man hat vom Bundesamt für Landwirtschaft, vom Bundesratstisch aus versprochen, Artikel 31b werde ohnehin früher oder später stärker werden und mit der Zeit würden die Direktzahlungen vor allem nach Artikel 31b laufen. Aber wir können nicht daran glauben, wenn man mit diesem Missverhältnis beginnt. Es gibt so etwas wie ein Grundgesetz der staatlichen «Subventionitis», nämlich das Gesetz der Besitzstandswahrung. Wenn einmal mit diesem Missverhältnis begonnen worden ist – damit, dass der grösste Teil nach Artikel 31a ausbezahlt wird, an die konventionelle Landwirtschaft und flächenbezogen –, dann lässt sich dieses Verhältnis nicht umkehren. Das ist eine Illusion und ein leeres Versprechen. Deswegen brauchen wir schon am Anfang oder nach einer Uebergangszeit ein Gleichgewicht zwischen Artikel 31a und Artikel 31b. Das ist der tiefere Sinn der drei Anträge Bircher Peter zu Artikel 31b Absatz 1c, der Minderheit III (Jaeger) zu Artikel 31a Absatz 1 und der Minderheit Strahm Rudolf zu Artikel 31c. Alle drei zielen in die gleiche Richtung.

Zum Schluss: Wenn dieses Gleichgewicht nicht schon am Anfang zustande kommt und fixiert wird – es darf eine Uebergangsperiode gewährt werden, damit sind wir einverstanden –, dann haben wir keine Agrarreform, dann fahren wir weiter auf dem alten Kurs. Man braucht zwar eine neue Rhetorik, jetzt brauchen alle auch grüne Rhetorik, reden von Aus-

gleichsflächen und Oekologisierung, aber es kommt mir nicht auf den Buchstaben an, sondern auf die Instrumente. Und wenn wir die Instrumente, das sind die Finanzmittel, nicht richtig lenken, haben wir nichts gewonnen. Deswegen ist dieses Gleichgewicht so wichtig, das ist nicht eine Prestigefrage, sondern es sind rein materielle, technische Überlegungen. Kommt dieses Gleichgewicht nicht zustande, könnte ich persönlich dieser Vorlage nicht zustimmen; es wäre eine schlechte Vorlage und vor allem eine Vorlage in die falsche Richtung.

Scherrer Jürg: Die Fraktion der Auto-Partei wird alle Minderheitsanträge ablehnen – mit zwei Ausnahmen: Bei Artikel 31a Absatz 1 und Absatz 3 stimmt sie der Minderheit II (Gros Jean-Michel) zu. Die Fraktion der Auto-Partei wird ebenfalls alle weiteren Anträge ablehnen, welche eine Belohnung der «Nichtleistung» der sogenannten Kleinbauern zum Inhalt haben.

Bei Artikel 31a Absatz 2 werden wir der Mehrheit, d. h. dem Bundesrat, zustimmen.

Die Auto-Partei ist der dezidierten Ansicht, dass an Bergbauern, die zum Teil unter schwierigen, ja widrigen Umständen ihr Gut bewirtschaften müssen, staatliche Unterhaltszahlungen ausgerichtet werden müssen. Auch unternehmerisch denkende, marktwirtschaftlich produzierende Talbauern, die sich heute dem zunehmenden Druck der EG-Konkurrenz ausgesetzt sehen, können aufgrund des hohen Preisniveaus und der besonderen Vorschriften in der Schweiz nicht mehr ohne Direktzahlungen existieren. Man kann aber nicht Kleinbauern, Hobbybauern, die einen kleinen Betrieb im Nebenberuf bewirtschaften, mit Bergbauern gleichsetzen, wie dies die Vereinigung zum Schutz der kleinen und mittleren Bauern (VKMB) tut. Das ist ein politisches Spiel mit falschen Karten. Wir wollen keine «Heimelli»-Wirtschaft à la Gotthelf, wir wollen keine unsinnigen Direktzahlungen für Leute, die ihren Lebensunterhalt in einem Hauptberuf verdienen und einen Bauernbetrieb unter Bedingungen bearbeiten, die marktwirtschaftlichen, unternehmerischen Überlegungen nicht standhalten. Es ist ein volkswirtschaftlicher Unsinn, Leute für etwas zu bezahlen, das sie nicht tun. Es ist volkswirtschaftlich ein absoluter Unsinn, besonders in Zeiten von knappen Staatsfinanzen und einer Rezession, Leute für das Brachliegen-Lassen von Gelände noch finanziell zu entschädigen.

Der VKMB spricht von Natur- und Umweltschutz. Es geht doch weder um den Umweltschutz noch um den Naturschutz. Diese Schlagworte werden doch nur vorgeschoben, um sich auf Kosten der Steuerzahler und Konsumenten den Lebensunterhalt bezahlen zu lassen. Das müssen wir doch klar feststellen. Wer nämlich in der Landwirtschaft umweltgerecht produzieren will, braucht einen Betrieb von einer bestimmten Grösse. Genauso, wie nur Unternehmen von einer gewissen Grösse Sozialfälle beschäftigen können, weil es der Betrieb finanziell trägt, können auch nur landwirtschaftliche Betriebe von einer bestimmten Grösse, mit einem bestimmten Produktionsvolumen und Einkommen auf Umweltschutzbelaenge Rücksicht nehmen, weil sie es sich eben finanziell leisten können. Das sind die Tatsachen.

Wer behauptet, nur sogenannt umweltgerecht produzierende Kleinbauern könnten im EG-Raum überleben, der hat vergessen anzufügen: nur weil sie auf Kosten der Steuerzahler leben, ohne zu arbeiten.

Sorgen wir für eine klare Linie in der schweizerischen Landwirtschaftspolitik. Ich bitte Sie, bei Artikel 31a Absatz 1 und Absatz 3 der Minderheit II (Gros Jean-Michel) zuzustimmen und im übrigen alle anderen Anträge von Minderheiten oder Einzelvotanten abzulehnen.

Thür: Ich spreche im Namen der grünen Fraktion zu Artikel 31a Absatz 1, Anträge der Minderheit I (Baumann) und Minderheit III (Jaeger).

Es geht, wie ich bereits im Rahmen der Diskussion zum Ordnungsantrag Hämmerle gesagt habe, bei diesen beiden Anträgen um die gleiche Grundidee. Allerdings wird sie in diesen beiden Anträgen unterschiedlich gewichtet bzw. unterschiedlich aufgeteilt.

Der Antrag der Minderheit I (Baumann) enthält eigentlich – wenn man ihn vorurteilslos betrachtet – den konsequentesten und auch den liberalsten Ansatz für die Lösung des Problems. Dieser Antrag will nämlich eine generelle Bindung von Direktzahlungen an klar formulierte Bedingungen. Mit der Aufteilung von Direktzahlungen in den Artikeln 31a und 31b machen wir eigentlich – wenn wir ehrlich sind – einen Etikettentrick. Wir versehen die alten Flaschen mit neuen Etiketten. Im Rahmen der Gatt-Verhandlungen hat sich gezeigt, dass unsere Landwirtschaft Subventionen abbauen muss. Was machen wir? Wir bauen diese Subventionen zwar ab, schaffen aber ein neues Gefäss für das gleiche, damit unsere Landwirtschaft Gatt-konform wird: Wir richten nicht mehr Subventionen, sondern Direktzahlungen aus. Darauf läuft doch das Konzept, das wir heute diskutieren, hinaus.

Herr Baumann und die Minderheit I sagen: Wenn schon durch die Gatt-Verhandlungen Subventionen in Frage gestellt werden und das bäuerliche Einkommen auf anderem Wege gesichert werden muss, nämlich über Direktzahlungen, dann nur, wenn auch konkrete, benennbare Bedingungen erfüllt werden. Das ist die Konzeption der Minderheit I. Sie ist die liberalste Lösung in dem Sinne, dass sie dem Bauern die Wahl überlässt. Er kann sich nach den Bedingungen des Artikels 31a verhalten, diese Auflagen erfüllen, und dann erhält er zur Einkommenssicherung Direktzahlungen; oder er kann sagen, dass er ohne solche Auflagen produzieren möchte, dann muss er sich den Bedingungen des Weltmarktes stellen. Er ist frei in seiner Wahl. Aus diesem Grund ist der Antrag der Minderheit I der konsequenteste Antrag. Und eigentlich wäre er auch der Antrag all unserer Deregulierungsfreunde in diesem Rat. Es ist interessant: Wenn es um konkrete Deregulierungsschritte geht, schlagen sich alle Befürworter der Deregulierung plötzlich in die Büsche und werden nicht mehr gesehen. Ich mache mir jedoch keine Illusionen: Sie werden sehr wahrscheinlich dem Antrag der Minderheit I nicht folgen, weshalb ich mich noch zum Antrag der Minderheit III (Jaeger) äussern will. Dieser Antrag macht eine Gewichtung in Richtung einer verstärkten Verknüpfung von Direktzahlungen an Bedingungen.

Herr Bundesrat Delamuraz hat gestern in seinen Ausführungen darauf hingewiesen, dass dem Artikel 31b in Zukunft mehr Bedeutung zugemessen werden wird. Er sagte: Diese Entwicklung ist nicht aufzuhalten. Er hat von einem «subtilen Gleichgewicht» zwischen den beiden Artikeln gesprochen. Worauf stützt sich diese Aussage von Herrn Bundesrat Delamuraz?

Wenn wir die konkreten Zahlen konsultieren, stellen wir fest, dass die Entwicklung ganz offensichtlich genau in die andere Richtung geht. Die offiziellen Zahlen des Bundesamtes zeigen das klar auf: Im Jahre 1993 sollen gemäss Artikel 31a 150 Millionen Franken ausgeschüttet werden, demgegenüber gemäss Artikel 31b lediglich 40 Millionen Franken. Das ist ein Verhältnis von etwa 1 zu 3,75. Zwei Jahre später, 1995, haben wir folgende Zahlen: 350 Millionen Franken gemäss Artikel 31a, 80 Millionen Franken gemäss Artikel 31b. Das entspricht einem Verhältnis von 1 zu 4,4. Die Entwicklung in den nächsten Jahren ist also eindeutig: Auch wenn wir von einer Erhöhung der Zahlungen gemäss Artikel 31b ausgehen können, werden die Zahlungen gemäss Artikel 31a in bedeutend höherem Ausmasse steigen. Die Scherenbewegung ist vorhanden, das ist so angelegt. Das will die Minderheit III (Jaeger) nicht.

Ich verstehe die Aussagen von Herrn Bundesrat Delamuraz überhaupt nicht. Er sagt, die Entwicklung sei nicht aufzuhalten, die Zahlungen nach Artikel 31b würden in Zukunft immer mehr ansteigen. Irgendwann werde nach Artikel 31b mehr ausbezahlt als nach Artikel 31a. Angesichts der Zahlen der Verwaltung kann ich nicht verstehen, wie Herr Delamuraz zu dieser Beurteilung kommt. Diese Fehlentwicklung – das ist ganz klar eine Fehlentwicklung – können Sie nur aufhalten und steuern, wenn Sie einen der Minderheitsanträge unterstützen.

Die Grünen unterstützen den Minderheitsantrag III (Jaeger) zu Artikel 31a Absatz 1 und den Minderheitsantrag Strahm Rudolf zu Artikel 31c. Beide sind unseres Erachtens gleichwertig.

Eventualiter unterstützen wir den Antrag Bircher Peter zu Artikel 31b Absatz 1c.

M. Perey: Comme j'ai eu l'occasion de le signaler lors de l'entrée en matière, tout le principe des mesures visées par cette modification de la loi se divise en deux chapitres très différents. C'est une conception voulue par le Conseil fédéral et elle est nécessaire.

A l'article 31a, il s'agit de compléter le revenu de tous les paysans, revenus parfois fortement diminués par la nouvelle orientation de la politique agricole. Cette aide revêt un caractère économique et ne doit pas être confondue avec les contributions pour des prestations écologiques.

Pour ces raisons, il importe de rejeter, à l'alinéa premier, les propositions des minorités I et III, auxquelles sont venues se greffer, par la décision que vous venez de prendre, celles de MM. Bircher Peter et de la minorité Strahm Rudolf. M. Bircher met tellement d'imprécision dans sa proposition que je crois qu'il confond un rapport sur l'agriculture avec une loi, dans laquelle on ne peut pas faire figurer que des approximations. Cela n'est pas normal et c'est surtout malsain. Il dit faire cela pour empêcher le référendum. Nous aussi, Monsieur Bircher, ne tenons pas à un référendum. C'est pour cela qu'il faut rejeter votre proposition.

M. Strahm parle d'équilibre entre les articles 31a et 31b. Comment voulez-vous établir un équilibre lorsque l'article 31a, et c'est voulu, est là pour compenser une perte de revenu? Le revenu ne peut pas être le même sur une exploitation de cinq hectares ou sur une de trente hectares. Ce revenu doit être complété pour des prestations faites pour l'ordre d'intérêt public. Il est clair que le travail demandé à un paysan sur trente hectares est plus important que celui effectué sur un domaine de cinq hectares. Vouloir lier les deux choses, c'est méconnaître totalement le système.

M. Thür, quant à lui, nous fait une démonstration à laquelle je ne peux rester insensible, lorsqu'il parle de bouteilles et d'étiquettes. Il dit qu'on ne fait que transférer les deux choses, mais il est absolument clair que la politique agricole doit maintenant être modifiée. Cela ressort d'ailleurs du rapport que nous avons accepté hier. Il reconnaît lui-même que cette séparation ne sera pas retenue. C'est un bon point pour vous, Monsieur Thür, cela prouve que vous avez compris le problème agricole.

Pour ces raisons, le groupe radical soutiendra la minorité II, dont la version est identique à celle du Conseil des Etats, car elle est plus simple et plus claire que celle de la majorité qui surcharge de façon inutile l'alinéa premier. En conclusion, le groupe radical se prononcera en faveur de la minorité II et rejettera vigoureusement les propositions des minorités I et III ainsi que celles de MM. Bircher Peter et de la minorité Strahm Rudolf.

Binder: Ich möchte vorausschicken, dass wir heute eigentlich deregulieren wollen. Ich stelle das Gegenteil fest: Auflagen, Regeln, Anordnungen in bunter Fülle. Diese rufen nach Kontrollen, die ein Ausmass annehmen, das kaum mehr zu verantworten ist.

Zu Artikel 31a Absatz 1: Der Antrag der Minderheit I (Baumann) will die Direktzahlungen in einen einzigen Artikel fassen. Auf den ersten Blick könnte diese Idee bestechen. Auf den zweiten Blick komme ich aber sehr schnell zum Schluss, dieser Antrag sei abzulehnen. Dies ist übrigens auch die einstimmige Meinung der SVP-Fraktion. Mit einer solchen Formulierung würde die Idee der beiden Artikel und die Zielsetzung der Direktzahlungen ganz klar unterlaufen. Es gilt klar festzuhalten – und dies ist in der bundesrätlichen Botschaft klar definiert –, dass die Direktzahlungen in zwei Artikeln des Landwirtschaftsgesetzes festgeschrieben werden, nämlich in den Artikeln 31a und 31b. Wichtig scheint mir dabei die Aussage, dass diese beiden Artikel Gatt-konform sind.

Artikel 31a ist einkommenspolitisch motiviert. Dem Wortlaut der Ausführungen in der Botschaft ist eigentlich nichts mehr beizufügen. Die Direktzahlungen basieren auf gemeinwirtschaftlichen Leistungen nach der gültigen Gesetzgebung. Es will ja kaum jemand in diesem Saal behaupten, solche hätte

die Landwirtschaft bis anhin nicht erbracht. Im Gegenteil, es wurde von allen Seiten immer die Richtigkeit dieser Aussage bestätigt, mit dem Hinweis, wir müssten diese Leistungen endlich in Rechnung stellen. Auch sind die Direktzahlungen so angelegt, dass sie Einkommensausfälle ausgleichen, die aufgrund einer mehr marktwirtschaftlichen Preispolitik entstehen. Zusammengefasst: Es handelt sich um Direktzahlungen mit einkommenspolitischer Zielsetzung. Dieses Ziel ist völlig richtig, denn der Preisabbau findet heute schon laufend statt, und dies ohne Direktzahlungen, ohne Ausgleich, was für die Bauern einem echten Einkommensabbau gleichkommt, in einem Zeitpunkt, wo für das Bundespersonal der volle Teuerungsausgleich beschlossen wird.

Zu Artikel 31b: Dieser postuliert Direktzahlungen für besonders umweltschonende, naturnahe Produktions- und Bewirtschaftungsformen. Es geht um freiwillige ökologische Leistungen. Im Namen der SVP-Fraktion bitte ich Sie im Sinne einer zielgerichteten, übersichtlichen und vernünftig anwendbaren Gesetzgebung, den Antrag der Minderheit I (Baumann) abzulehnen.

Zu Artikel 31a, Minderheit II (Gros Jean-Michel): Bei Absatz 1 geht es um die Kategorie Landwirte, die Direktzahlungen erhalten sollen. Bundesrat, Ständerat und Kommissionsminderheit II wollen diese Direktzahlungen an «Landwirte» ausrichten. Die Kommissionsmehrheit will diese Zahlung an «bäuerliche Bewirtschafter» ausrichten. Unsere Berufsbezeichnung ist «Landwirt». Dazu müssen und sollen wir auch stehen. Landwirt sein heisst eine Berufslehre abgeschlossen oder immer in der Landwirtschaft gearbeitet haben. Einen Hobbybetrieb kann man kaum als Landwirt bewirtschaften. Eine solche Lösung wollen wir nicht. Wir wollen jenen Landwirten zu einem angemessenen Einkommen verhelfen, die die gemeinwirtschaftlichen Leistungen erbringen. Dazu gehören auch Anstaltsbetriebe, Schulbetriebe usw.

Wenn wir tatsächlich multifunktionale Leistungen abgelten wollen, dann haben diese alle Betriebe – ungeachtet des Status – zu erhalten, die solche Leistungen erbringen. Es handelt sich hier um Agrarpolitik und nicht um Sozialpolitik.

Zu Artikel 31a Absatz 1 gemäss Minderheit III (Jaeger): Die SVP-Fraktion beantragt Ihnen, den Antrag der Minderheit III abzulehnen. Mit dieser Formulierung wird das Prinzip der Freiwilligkeit durchbrochen.

Die Regelung des Verhältnisses in den Artikeln 31a und 31b ist zu starr. Es bleibt kein Spielraum. Im übrigen ist der Artikel 31b überhaupt nicht zu quantifizieren. Schon heute richtet der Bund Zahlungen aus, die unter Artikel 31b angesiedelt werden können, z. B. Beiträge für Ausgleichsflächen, Brachen, Stilllegungen und für Extensoproduktion im Getreidebau. Ich meine, man müsste hier die Flexibilität haben. Je nach Erfüllung der Anforderungen nach Artikel 31b sind die finanziellen Mittel bereitzustellen.

Schwab: Ich spreche zu Artikel 31a Absatz 1 und zum dazugehörigen Antrag der Minderheit III (Jaeger) sowie zu den Anträgen der Minderheit Strahm Rudolf (Art. 31c) und Bircher Peter (Art. 31b Abs. 1c). Das ist die Materie, die jetzt zur Diskussion steht.

In Artikel 31a Absatz 1 geht es um die Frage – mein Vorredner hat es gesagt –, ob wir für «bäuerliche Bewirtschafter» oder für «Landwirte» Bundesgelder bezahlen wollen.

Eine Minderheit der SVP-Fraktion – zu der ich gehöre – ist der Meinung, dass wir für bäuerliche Bewirtschafter Direktzahlungen ausbezahlen sollen. «Bäuerlich» hat sich jetzt etwas eingelebt. Wir reden auch vom bäuerlichen Bodenrecht. Dort stellen wir das Bäuerliche auch in den Vordergrund. Das ist ein Begriff, der heute sympathisch wirkt.

Ich möchte Sie bitten, bei diesem Artikel 31a in Absatz 1 der Mehrheit der Kommission zuzustimmen («bäuerliche Bewirtschafter») und nicht der Minderheit II, die gemäss Ständerat «Landwirte» will. Das ist das eine.

Nun zu den Anträgen der Minderheit III (Jaeger), der Minderheit Strahm Rudolf und Bircher Peter.

Ich habe es bereits in meinem Eintretensvotum gesagt: Wir wollen bei den Artikeln 31a und 31b klare Verhältnisse schaffen. Wir wollen, dass Artikel 31a nicht mit zu vielen Auflagen

belastet und dass er einkommenswirksam wird, damit die Bauern, die Land bewirtschaften, über Direktzahlungen zu ihrer Aufbesserung kommen.

Den Vorwurf all jener Kolleginnen und Kollegen in diesem Saal, die behaupten, dass diejenigen Landwirte, die nach Artikel 31a wirtschaften, ungesunde Nahrungsmittel produzieren, möchte ich zurückweisen. Wir haben in der Landwirtschaft bereits grosse Auflagen. Wir produzieren im Vergleich zum Ausland gesunde Nahrungsmittel; deshalb sind diese Vorwürfe deplaziert.

Ein Teil der Landwirte will weiter gehen. Diejenigen, die zusätzliche Auflagen wollen, möchten eine Abgeltung über den Artikel 31b.

Nun kommen die Herren Jaeger und Strahm Rudolf mit ihren Minderheitsanträgen und Herr Bircher Peter mit seinem Antrag, weil sie glauben, dass die zur Verfügung stehenden Mittel, die über Artikel 31b ausgeschüttet werden sollen, nicht ausreichen. Wir haben gestern gehört, dass vorgesehen sei, in einem Missverhältnis über den Artikel 31a abzugelten, ohne grosse zusätzliche Auflagen im Vergleich zum Artikel 31b.

Zu den Minderheitsanträgen Jaeger und Strahm Rudolf: Diese gehen meiner Meinung nach in die richtige Richtung, aber sie sind zu eng gefasst. Sowohl der Minderheitsantrag III (Jaeger) zu Artikel 31a Absatz 1 als auch der Minderheitsantrag Strahm Rudolf zu Artikel 31c sind zu eng und zu restriktiv gefasst.

Zum Antrag Bircher Peter zu Artikel 31b Absatz 1c: Herr Bircher hat seinen Antrag etwas offener, knapper gefasst. Mit diesem Artikel würde sich leben lassen; ich könnte dem Antrag Bircher Peter zustimmen. Der Antrag ist im Uebergang flexibler, er enthält einen Uebergang, der machbar wäre.

Aus diesem Grunde beantrage ich, dass sowohl der Minderheitsantrag III (Jaeger) als auch der Minderheitsantrag Strahm Rudolf abzulehnen sind. Ich beantrage, dem Antrag Bircher Peter zuzustimmen. Mit diesem Antrag helfen wir, die Blockade, die sich gestern abgezeichnet hat, etwas zu brechen. Mit diesem Antrag wäre es möglich, den Artikel 31a von zuviel Zugemüse zu entlasten und auf der andern Seite genügend Mittel zur Verfügung zu stellen, um nach Antrag Bircher Peter abzugelten.

Also Ablehnung des Minderheitsantrages III (Jaeger) zu Artikel 31a Absatz 1, Ablehnung des Minderheitsantrages Strahm Rudolf zu Artikel 31c, Zustimmung zum Antrag Bircher Peter zu Artikel 31b Absatz 1c und in Artikel 31a Absatz 1 «bäuerliche Bewirtschafter» anstelle von «Landwirte» (Zustimmung zur Kommissionsmehrheit).

David: Es stehen hier zwei Fragen zur Diskussion:

1. Welches Konzept soll gewählt werden?
2. Wie soll der Mitteleinsatz geregelt werden?

Zu Frage 1: Hier stellt sich die CVP-Fraktion hinter die Mehrheit der nationalrätlichen Kommission, und sie lehnt die Minderheit I (Baumann) und die Minderheit II (Gros Jean-Michel) ab. Der Antrag der Minderheit II will ökologisch bestimmte Direktzahlungen nach Artikel 31b streng von einkommenssichernde Direktzahlungen nach Artikel 31a trennen. Die Minderheit I auf der andern Seite will alles in einem einzigen Gesetzesartikel zusammenfassen.

Der Mehrheitsstandpunkt sieht eine vermittelnde Lösung zwischen diesen beiden extremen Standpunkten vor: Nach Auffassung der CVP-Fraktion ist die bundesrätliche Fassung mit den Ergänzungen der nationalrätlichen Kommission die Vermittlungslösung zwischen diesen beiden Positionen, die heute machbar und vernünftig ist. Insbesondere gilt dies, nachdem die Kommission in Artikel 31a wesentliche ökologische Randbedingungen gesetzt hat. Ich kann die Meinung von Kollege Strahm Rudolf nicht teilen, dass der Artikel 31a nichts bringe, sondern nur der Artikel 31b. Die Fassung der Kommissionsmehrheit ist jetzt so, dass wesentliche Punkte aus ökologischer Optik auch in Artikel 31a enthalten sind.

Die zweite Frage, die zu entscheiden ist, ist diejenige des Mitteleinsatzes. Hier stehen drei Vorschläge zur Abstimmung: einmal die Minderheit III (Jaeger) zu Artikel 31a Absatz 1, dann der Antrag der Minderheit Strahm Rudolf zu Artikel 31c und schliesslich der Antrag Bircher Peter zu Artikel 31b Absatz 1c. Die Kommission war nur mit dem Minderheitsan-

trag III (Jaeger) und dem Minderheitsantrag Strahm Rudolf konfrontiert; der Antrag Bircher Peter ist erst hier im Rat gestellt worden.

Die Fassung der Kommissionsmehrheit macht bereits in Artikel 31a Absatz 1 im zweiten Satz deutlich, dass der Mitteleinsatz ausgewogen sein soll. Hingegen hat sie darauf verzichtet, genau zu bestimmen, wie dieser Mitteleinsatz im einzelnen geregelt sein soll. Hier gehen die genannten drei Anträge wesentlich weiter.

Meines Erachtens ist es nicht unproblematisch, wenn wir im Gesetz den Mitteleinsatz festschreiben und uns auf etwas fixieren, das wir in der heutigen Situation nicht voraussehen können. Es ist auch darum nicht unproblematisch, weil nach der jetzigen Vorlage (gemäss Mehrheit) die beiden Artikel 31a und 31b bei weitem nicht mehr so weit voneinander entfernt sind wie in der ursprünglichen Fassung des Bundesrates. Trotzdem ist es vielleicht vernünftig, wenn wir in Richtung von Kollege Bircher Peter gehen und sagen, dass nach einer Einführungsperiode, im Verlaufe einiger Jahre, annähernd gleiche Grössenordnungen erreicht werden sollten. Damit ist ein Rahmen abgesteckt, der vernünftig eingehalten werden kann und der auch den Landwirten erlaubt, sich an die neue Direktzahlungsordnung anzupassen. Ich bin nicht der Meinung von Herrn Jürg Scherrer, dass die Direktzahlungen für das Nichtstun ausgerichtet werden; diese Direktzahlungen wollen die Bauern in eine neue Art des Wirtschaftens umlenken, ihre Art und Form des Wirtschaftens beeinflussen. Aber das kann nicht kurzfristig geschehen, da braucht es eine Uebergangszeit. In dem Sinne, wie es Herr Bircher vorschlägt, könnte der Weg gefunden werden.

Ich schlage Ihnen namens der CVP vor:

1. Konzept: der Mehrheit folgen und die Minderheit I (Baumann) und die Minderheit II (Gros Jean-Michel) ablehnen;
2. Mitteleinsatz: dem Antrag Bircher Peter folgen und die Anträge der Minderheit Strahm Rudolf sowie der Minderheit III (Jaeger) ablehnen.

Jaeger, Sprecher der Minderheit III: Ich glaube, wir sind jetzt auf dem Wege, uns einander anzunähern. Ich möchte zugunsten einer grundsätzlichen Lösung sprechen, einer grundsätzlichen Lösung, wie wir sie schon in der Kommission mit unserem Minderheitsantrag III anvisiert haben.

Es geht, wie wir das gestern schon angetönt haben, darum, die Gewichte bei den Direktzahlungen vermehrt zugunsten der ökologisch gebundenen Direktzahlungen zu verlagern; das ist die Grundidee.

Hier noch einige ökonomische Überlegungen, um diesen Gedanken zu untermauern. Zu Herrn Binder: Sie haben gesagt, wir sollten deregulieren und statt dessen würden wir hier wieder regulieren. Herr Binder, ich bin froh, dass Sie die Diskussion über die Deregulierung angezogen haben. Aber ich möchte Sie daran erinnern, dass wir mit unserem Minderheitsantrag letztlich den Markt deregulieren und auf der anderen Seite die Direktzahlungen an ökologische Leistungen binden wollen. Wir wollen, dass es nicht mehr reine Subventionen sind, sondern dass die Direktzahlungen einmal, in einer gewissen Zukunft, schwergewichtig als Abgeltungen für Umweltleistungen zu betrachten sind – das ist die Überlegung. Das hat nichts mit Regulierung zu tun, sondern das ist eine marktwirtschaftlich und ordnungspolitisch absolut saubere Lösung. Ich möchte Sie bitten zu unterscheiden zwischen dem, was auf dem Markt geschehen sollte, und dieser ganzen Problematik der Direktzahlungen, die ja einen ganz neuen Aspekt in die Konzeption hineinbringt.

Wenn Sie nach dem Ständerat gehen, also beispielsweise Minderheitsantrag II (Gros Jean-Michel), oder auch nach dem Antrag der Mehrheit der Kommission, dann könnte es z. B. im Milchbereich zu Preissenkungen kommen – es standen ja in den letzten Tagen schon Preissenkungen zur Diskussion. Und was passiert, wenn wir dann die übrigen Regulierungen belassen, wenn wir die Kontingente nicht zurücknehmen, wenn wir Ueberschussverwertungsgarantien belassen? Es ist doch ganz klar, dass dann der bäuerliche Produzent, wenn er sich rational verhält, die Mengen ausdehnen wird, bis dorthin, wo seine Grenzkosten nicht mehr gedeckt sind. Deshalb müssen

wir aufpassen, dass wir den Markt wirklich freibringen, damit wir auch die Mengen reduzieren. Das wird uns erlauben, die nötigen Mittel einzusparen – beispielsweise bei der Milchrechnung –, um die Direktzahlungen zu finanzieren.

Wie können wir das am besten tun? Indem wir längerfristig gesehen schwergewichtig nach Artikel 31b fahren. Das ist in den Gesprächen von Vertretern des Bauernverbandes auch zugegeben worden, auch in Gesprächen mit Vertretern des Bundesamtes für Landwirtschaft. Diese Konzeption, Herr David, ist ja nicht von uns erfunden worden, diese Überlegungen werden auch von der bäuerlichen Seite geteilt. Ich kann Ihnen noch etwas sagen: Ökonomisch gesehen – es gibt Untersuchungen, die das bestätigen – wird es für die bäuerlichen Produzenten am Schluss am besten sein, wenn möglichst viel Direktzahlungen nach Artikel 31b laufen, weil da der Einkommenseffekt für die Bauern letzten Endes am grössten ist; das haben wir ja gestern schon besprochen, und ich möchte es hier nochmals betonen. Deshalb bin ich der Auffassung, dass diese Idee der Gleichgewichtigkeit hier verankert werden muss. Ich möchte auch den Bundesrat bitten, nun die nötige Souplesse zu zeigen, indem er uns einen Schritt entgegenkommt. Ich weiss, Herr Bundesrat Delamuraz möchte diese Souplesse gerne zeigen, aber er hat auch sein Korsett. Ich habe dafür grosses Verständnis.

Ich möchte aber doch darauf hinweisen, dass wir mit unseren Anträgen eine Einführungsphase vorsehen; wir sind der Auffassung, dass auf längere Sicht gesehen das Schwergewicht sogar bei Artikel 31b liegen sollte. Aber wir sind schon glücklich, dass jetzt der Antrag Bircher Peter ausgelöst worden ist, der versucht, eine Brücke zu bauen, wodurch der Spielraum noch etwas grösser wird. Wenn wir der Minderheit II (Gros Jean-Michel) folgen, d. h. dem Ständerat, ist für viele ein Referendum die Konsequenz. Ich sage nochmals: Ich möchte kein Referendum. Aber Sie müssen sehen: Hier müssen Sie entgegenkommen, damit das Referendum nicht ergriffen wird. Das ist die entscheidende Diskussion; das ist auch die entscheidende Abstimmung.

Ich bin deshalb der Auffassung, dass wir nach wie vor auf die Linie der Minderheit Strahm Rudolf (Artikel 31c) oder der bereinigten Fassung der Minderheit III einschwenken sollten. Es wäre sachlich der richtige Antrag. Ich habe aber auch aus pragmatischen Überlegungen ein gewisses Verständnis für den Antrag Bircher Peter zu Artikel 31b Absatz 1c. Wenn ich sehe, wie nun überall diesem Antrag Zustimmung signalisiert wird, sage auch ich: Damit könnten wir an sich leben. Aber von der Sache her gesehen wäre nach unserer Auffassung der Antrag der Minderheit III oder der Antrag der Minderheit Strahm Rudolf der richtige. Er wäre auch für den Bundesrat durchführbar; davon bin ich überzeugt, denn er enthält die nötige Souplesse.

Aber Herr Bundesrat, wenn Sie uns jetzt auf dieser von Herrn Bircher Peter gebauten Brücke entgegenkommen, dann können wir sehr gut – ich darf nicht sagen: einen guten Halben Weissen miteinander trinken, das darf man ja nicht mehr sagen – miteinander auskommen. Ich bin auch überzeugt, dass unsere Kollegen von der bäuerlichen Seite jetzt dieses Entgegenkommen signalisiert haben. Sie müssen zugeben, meine lieben Kollegen von dieser Seite, dass auch wir einige Schritte entgegengekommen sind.

Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag der Minderheit Strahm Rudolf zu Artikel 31c oder jenem der Minderheit III (Jaeger) zu Artikel 31a Absatz 1 zuzustimmen, zumindest aber dem Antrag Bircher Peter zu Artikel 31b Absatz 1c das Ja zu geben, damit diese ganze Diskussion wirklich entkrampft werden kann.

Kühne, Berichterstatter: Der ganze Fragenkomplex ist schon materiell nicht ganz einfach, er ist aber durch Prozedurfragen noch etwas erschwert worden. Immerhin kann ich Ihnen Mut machen: Wenn wir diesen Artikel 31a Absatz 1 hinter uns bringen, wird nachher alles etwas weniger kompliziert sein. Es geht also nicht den ganzen Tag in diesem Stil weiter.

Ich muss Ihnen ausserdem sagen, dass die Fahne in der deutschen Fassung einen Fehler enthält. Es fehlt ein Wort; es sollte in der Fassung der Kommissionsmehrheit zu Artikel 31a Absatz 1 heissen: «Diese Zahlungen sollen es der Landwirtschaft

gemeinsam mit jenen nach Artikel 31b dieses Gesetzes ermöglichen» Das Wort «gemeinsam» gehört noch hinein.

Die Minderheit I (Baumann) hat ein anderes Konzept als der Bundesrat, der Ständerat und die Kommissionsmehrheit. Ich kann es der Einfachheit halber so darstellen: Bundesrat, Ständerat und die Kommissionsmehrheit wollen in dieser Disziplin Pflicht und Kür bewerten. Die Pflicht gilt für alle, die Kür für jene, die etwas besonders Gutes leisten; sie werden besonders gut entschädigt. Die Minderheit I will nur die Kür bewerten und schliesst damit einen grossen Teil der Landwirte aus, die diese Kür nicht erfüllen, die sie auch nicht erfüllen können. Ich komme darauf zurück.

Es ist hier wiederholt ausgeführt worden, dass man nach Artikel 31a eigentlich automatisch Geld erhalte, dass es ein Aufpumpen auf das bisherige System sei. Ich möchte mich namentlich an Herrn Strahm Rudolf wenden und ihm sagen, dass er einem unverdächtigen Zeugen hätte zuhören sollen, nämlich Herrn David. Dieser hat ausgeführt, dass auch mit Artikel 31a recht einschneidende Auflagen verbunden sind. Ich bitte Sie, in diesem Zusammenhang vor allem auf den Absatz 4 zu achten.

Die Minderheit I (Baumann) will, dass das Konzept gemäss den Artikeln 31a und 31b zusammengelegt ist, und Sie müssen beachten, dass Sie bei der Minderheit I nicht nur über den Absatz 1 abstimmen, sondern auch über die folgenden. Das Konzept ist in sich geschlossen. Artikel 31a Absatz 1 gemäss Minderheit I (Baumann) ist noch verhältnismässig harmlos, weil er keine zwingenden Bestimmungen enthält. Bei Absatz 2 müssen Sie sehen, dass Direktzahlungen mit Bedingungen und Auflagen verknüpft werden. Entscheidend ist die Messhöhe der Latte: Beiträge werden nur gewährt, wenn mindestens die Richtlinien der integrierten Produktion im Pflanzenbau und die kontrollierte Freilandhaltung in der Tierproduktion eingehalten werden. Was heisst das? Nach den Auskünften des stellvertretenden Direktors des Bundesamtes für Landwirtschaft, Herrn Popp, ist das eine Klippe für etwa drei Viertel der Betriebe, insbesondere im Bereich der Tierhaltung. Es ist u. a. bei der kontrollierten Freilandhaltung festgehalten: «Auslauf im Freien täglich.» Sie müssen sich hier vor allem einmal die Situation in den Dorsiedlungen vorstellen: Das sind Auflagen, die selbst bei gutem Willen von vielen Bauern nicht eingehalten und nicht erfüllt werden können. In der Kommission wurde dieser Antrag mit 7 zu 14 Stimmen abgelehnt.

Die Kommissionsmehrheit hat gegenüber dem Ständerat zwei Änderungen eingeführt: Einerseits sollen es der Landwirtschaft gemeinsam mit Artikel 31b dieses Gesetzes ermöglichen, die von ihr verlangten Aufgaben und gemeinwirtschaftlichen Leistungen zu erfüllen. Damit ist die Absichtserklärung dieses Gesetzes, die Zielrichtung dieser Massnahmen, verdeutlicht. Im weiteren ist eingeführt worden, dass die Direktzahlungen an die «bäuerlichen Bewirtschafter» ausgerichtet werden, im Gegensatz zum Begriff «Landwirte» in der Fassung des Ständerats. In der Kommission wurde der Begriff «bäuerliche Bewirtschafter» vor allem mit dem Hinweis auf die Definition des bäuerlichen Familienbetriebes im 6. Landwirtschaftsbericht, Seite 259, geführt. Hier sind die wesentlichen Kriterien erwähnt: dass der Betriebsinhaber als Eigentümer oder Pächter in eigener Verantwortung, d. h. als Selbständiger, seinen Betrieb führt; dass der Boden die primäre Produktionsgrundlage ist; dass es entweder ein Haupterwerbsbetrieb – hauptsächlich Existenzgrundlage – ist oder ein Nebenerwerbsbetrieb mit dem Haupteinkommen aus ausserbetrieblicher, in der Regel nichtlandwirtschaftlicher Tätigkeit. Die Fassung der Mehrheit ist global zu verstehen. «... mit jenen nach Artikel 31b» bezieht sich auf den Berufsstand und nicht auf den einzelnen Betrieb.

Die Minderheit II (Gros Jean-Michel) will die Trennung zwischen den Artikeln 31a und 31b vollständig vornehmen, wie es der Ständerat getan hat. Sie kehrt wieder zurück zum Begriff «Landwirt» anstelle von «bäuerlicher Bewirtschafter.»

Damit komme ich zur Minderheit III (Jaeger) zu Art. 31a Abs. 1, zum Antrage Bircher Peter (Art. 31b Abs. 1c) und zur Minderheit Strahm Rudolf (Art. 31c). Hier geht es um die Gewichtung, um die Zumessung der entsprechenden Mittel auf den Artikel 31a oder 31b. Alle diese Anträge entfallen, wenn Sie der

Minderheit I (Baumann) zustimmen würden. Wenn wir eine Rangierung vornehmen, wie die Mittel nach Artikel 31b bemessen werden sollen, dann setzt die Minderheit Strahm Rudolf die höchsten Anforderungen. Die Minderheit III (Jaeger) liegt im Mittelfeld mit den zweithöchsten Anforderungen. Herr Bircher Peter geht mit der Definition in seinem Antrag etwas weniger weit: Er gewährt Flexibilität punkto Erreichens dieser 50-Prozent-Marke, die die beiden anderen Anträge entweder erreichen oder mindestens erreichen wollen.

Zur grundsätzlichen Frage: Soll hier im Gesetz schon eine Mittelverteilung vorgenommen werden? Die Mehrheit ist der Auffassung, dass das nicht im Gesetz festgelegt werden soll. Auch hier hat Herr David die grundsätzlichen Bemerkungen bereits gemacht. Sie müssen wissen, dass sich eine recht grosse Entwicklung auf diesem Gebiet abzeichnet. In der Botschaft über den Rahmenkredit der Kostenbeiträge ist angedeutet, dass selbst die Kostenbeiträge in einem späteren Zeitpunkt eingebaut werden können. Wiederholt sind hier Zahlen aufgeführt worden, und es ist dargetan worden, dass man mit Artikel 31b in der Fassung der Mehrheit sehr schlecht wegkomme. Dabei ist der grundsätzliche Fehler gemacht worden, dass immer nur der Neuzufuss der Mittel beachtet wurde. Ich möchte aber ausdrücklich darauf hinweisen, dass nach Artikel 31b nun schon Massnahmen beschlossen sind und entsprechend in Artikel 31b einfließen können, beispielsweise die Massnahmen im Zusammenhang mit dem Pflanzenbau: 120 Millionen Franken für Ausgleichsflächen, für die Extensoproduktion, für extensive Grünlandbewirtschaftung im Berggebiet.

Ich bitte Sie, bei Artikel 31b Absatz 1 der Mehrheit zu folgen.

M. Couchepin, rapporteur: La situation semble apparemment confuse mais, en réalité, si l'on repart des concepts de base, elle n'est plus si compliquée. L'opinion du Conseil fédéral est mieux exprimée par la proposition de minorité II (Gros Jean-Michel). Celle-ci reprend la solution du Conseil des Etats qui avait modifié la solution du Conseil fédéral simplement sur un point: ce n'est plus le Conseil fédéral qui octroie les paiements mais la Confédération, ce qui ne devrait pas poser de problèmes. Le concept du Conseil fédéral exprimé par la minorité II est donc clair du point de vue de la logique: il y a un article 31a et un article 31b.

L'article 31a prévoit des paiements directs en contrepartie de la prestation générale que font les paysans en produisant et en maintenant une activité, et en contrepartie aussi du fait qu'ils voient disparaître une partie de l'aide qu'ils recevaient sous forme d'appui aux prix. Donc, il s'agit à l'article 31a de paiements directs sans condition particulière, alors qu'à l'article 31b les paiements directs se font en fonction d'une orientation de la production dans le sens d'une production intégrée et de méthodes de production extensive plutôt qu'intensive. Voilà en ce qui concerne le concept du Conseil fédéral.

Tout le monde est d'accord sur le fait qu'à moyen terme l'accent doit être mis sur l'article 31b, c'est-à-dire que les subventions au titre de l'article 31b doivent prendre plus de place par rapport aux subventions données en fonction de l'article 31a. En d'autres termes, il doit y avoir une sorte de glissement vers l'appui aux productions intégrées, aux productions conformes à l'environnement, à la production extensive par opposition à la production intensive.

Face à ce concept clair – deux articles différents avec un glissement, au cours du temps, du poids des subventions de l'article 31a vers l'article 31b – il y a un autre concept qui voudrait dès le départ accélérer le processus en portant l'accent sur l'article 31b. Cette idée – peu importe qu'elle soit portée par MM. Jaeger, Strahm Rudolf ou Bircher Peter – va dans le même sens, c'est-à-dire mettre dès le départ plus de poids sur l'article 31b, non seulement dans le cadre de la loi mais aussi dans celui des possibilités pratiques comme voudrait le faire le Conseil fédéral.

La minorité III (Jaeger) propose d'introduire son idée déjà à l'article 31a, c'est-à-dire au début; la minorité Strahm Rudolf à l'article 31c alors que M. Bircher Peter veut l'introduire à l'article 31b. Le but est le même pour ces trois propositions: accélérer le processus et mettre dès le départ un signal clair

en faveur des paiements au sens de l'article 31b. M. Jaeger veut qu'après une période d'introduction on donne autant au titre de l'article 31b que de l'article 31a. M. Strahm dit qu'après une période d'introduction il faut donner au moins le même ordre de grandeur à l'article 31b qu'à l'article 31a. M. Bircher, quant à lui, dit qu'après une période d'introduction ces paiements seront approximativement du même ordre de grandeur que ceux prévus à l'article 31a. On voit donc que les trois propositions sont relativement proches, la plus souple étant celle de M. Bircher Peter, puisqu'elle introduit suffisamment de termes relativement vagues pour que le Conseil fédéral puisse tenir compte de la réalité.

La majorité de la commission s'en tient quand même au concept du Conseil fédéral parce qu'il faut tenir compte de la réalité, de la difficulté de transformer les moeurs, les habitudes et les usages de la paysannerie en un temps relativement court. Il ne faut pas forcer le rythme. Ceux qui ont regardé hier soir une émission de télévision française sur un débat entre M. Mermaz, ministre de l'agriculture, et les paysans constatent que nous sommes déjà en avance avec la législation que nous voulons introduire. Les Français, en effet, se disputaient encore sur l'intérêt des paiements directs ou le maintien du système antérieur. Nous en sommes déjà beaucoup plus loin car, le paiement direct étant acquis, nous voulons passer à la deuxième étape, c'est-à-dire à la réorientation de la politique en fonction de critères écologiques et à l'introduction d'aides plus fortes pour la production intégrée.

Nous vous recommandons de voter la solution de la majorité, étant précisé que le concept est encore plus clair si la proposition de minorité II (Gros Jean-Michel) était adoptée, même si, selon les propos de M. Jaeger, on courrait le risque d'avoir un référendum en acceptant la proposition de minorité II. Mon Dieu! ce ne sera ni le premier ni le dernier! La solution proposée par la majorité de la commission est relativement claire, mais celle proposée par la minorité II l'est encore plus.

Quant à la minorité I (Baumann), elle voudrait télescoper les deux articles et en faire un seul. Cela signifie clairement que, pour elle, seul l'article 31b est important. Tout le concept serait liquidé, ce qui ne permettrait pas une évolution sans à-coups. Le choix de M. Baumann, président des associations de petits paysans, est quasiment idéologique.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Je veux articuler mon propos selon trois têtes de chapitre. En premier lieu, je prendrai la minorité I (Baumann), consistant à n'envisager qu'un seul article des articles 31a et 31b que nous proposons. Ensuite, je m'exprimerai quant aux propositions de la minorité III (Jaeger), de M. Bircher Peter et de la minorité Strahm Rudolf, consistant à prendre, aujourd'hui déjà dans le cadre de la loi, les décisions visant les quotités de financement des paiements directs selon les articles 31a et 31b. Enfin, je traiterai de la minorité II (Gros Jean-Michel) contre l'avis de la majorité de la commission.

Tout d'abord, l'idée d'un seul article est, à mon avis, mauvaise. Un seul article serait inévitablement confus, dans la mesure où l'on réduirait en des formules un peu «caoutchouc» deux objectifs, à certains égards deux philosophies qui ne sont pas antagonistes, mais complémentaires l'une de l'autre. Pour marquer cette complémentarité, pour montrer les centres de gravité des deux démarches proposées, il faut décidément que le législateur les inscrive dans deux articles distincts.

L'article 31a entend accorder une compensation, sans doute partielle, mais les moyens d'une compensation aux paysans qui seront soumis dorénavant à une politique agricole nouvelle, en ce sens qu'elle doit se rapprocher du marché, en quantités et en prix. Se rapprocher du marché signifiant un tassement vers les prix du marché et de certaines quantités produites, il est inévitable que le revenu paysan en pâtira. Afin de rendre possible cette transformation sans rupture profonde de l'agriculture suisse, le Conseil fédéral vous propose l'article 31a, stipulant les paiements directs, non généralisés, non liés à la production, qui doivent assurer aux paysans suisses de demain un complément – au moins partiel – aux sacrifices que comporte la nouvelle orientation de la politique agricole qui survient enfin.

En revanche, l'article 31b entend promouvoir des méthodes écologiques, culturelles dépassant les normes, les minima et les standards que la législation générale a formulés. Cet article veut honorer d'une manière particulière ceux des producteurs qui vont au-delà de ce qui est exigé de chacun et qui, ce faisant, contribuent à l'allègement du marché agricole dans son ensemble et, de manière particulièrement zélée, à la protection de l'environnement. Cela mérite compensation et tel est le sens de l'article 31b. Deux démarches méritent d'être distinctes dans leur formulation, dans les attributions de moyens que nous ferons à l'une et à l'autre.

Cela étant, je tiens à préciser au sujet de l'article 31a que, contrairement à ce qui a été affirmé ici, ce n'est pas la poursuite par d'autres moyens d'une politique agricole de routine à laquelle nous voulons précisément mettre terme. La conception du Conseil fédéral, et en particulier cet article 31a, constituent une réforme de la politique agricole. Moins d'augmentations de prix, plus de mesures d'accompagnement, cela crée bel et bien une orientation de la production dans le bon sens, une désintensification, une forme de freinage à la production. Cet article 31a, Monsieur Strahm Rudolf, n'est pas un article neutre qui, encore une fois, ne ferait que prolonger les mauvaises méthodes et les mauvaises manières; il comporte en lui-même déjà des éléments correcteurs très sensibles. Enfin il contient, – nous l'avons dit hier, je le répète aujourd'hui – aussi des prescriptions écologiques de conditions et de charges qui vont dans le sens général de ce que vous souhaitez, un sens particulièrement développé, au-delà des normes, dans l'article 31b. Mais ne réduisez pas l'article 31a à un mauvais article, tout au contraire, il permet de fonder de manière concrète la nouvelle politique agricole ancrée dans le 7^e rapport. Je vous demande donc de repousser le projet de minorité I de M. Baumann.

J'en viens maintenant aux propositions de la minorité III (Jaeger), de M. Bircher Peter et de la minorité Strahm Rudolf. Ces trois propositions diffèrent entre elles par le lieu où l'on voudrait les situer, la minorité III (Jaeger) aimerait situer cela à l'article 31a, premier alinéa; M. Bircher, à l'article 31b, la minorité Strahm aimerait un article 31c nouveau; elles diffèrent également un peu dans leur rédaction, certaines sont plus dures, plus exigeantes que d'autres qui ont pour elles – celle de M. Bircher en particulier – une beaucoup plus grande souplesse, on ne s'enferme pas dans des délais précis, à l'année près. Mais si ces trois propositions diffèrent par la forme et par le contenu de leur texte, elles ont ensemble un certain nombre de points communs et c'est contre ces points communs que je m'exprimerai en vous demandant de combattre ces trois propositions.

D'abord, elles veulent inscrire dans la loi non pas une règle, mais une idée, une vue sur l'évolution future des choses. Je pense que nous sommes presque tous d'accord avec cette vue, nous constatons bien que l'article 31b est appelé à un bel avenir. Nous voyons, en effet, que les méthodes qu'il contient auront sans doute, dans l'agriculture de demain ou d'après-demain, un rôle plus important à jouer, et nous sommes bien d'accord qu'il faudra le doter en moyens financiers plus considérables à l'avenir que nous ne le faisons au départ. L'idée est bonne, mais, de grâce, met-on une idée dans une loi? La loi, c'est le droit, la loi fixe des règles, elle n'est pas là pour exprimer des intentions, des supputations des tendances, voire des états d'âme, la loi a un autre rôle. A vouloir exprimer maintenant déjà dans la loi des dispositions, c'est nous voter un chèque en blanc, dont nous serons obligés de faire usage tôt ou tard, et cela peut, dans quelques années, nous mettre dans le plus cruel des embarras. La loi doit fixer le cadre, il revient au gouvernement et au Parlement d'année en année, notamment lorsque l'on établit le budget, de donner un contenu de substance à ce cadre et en fonction des évolutions, en fonction des conditions dans lesquelles nous sommes placés, de donner à ce cadre un contenu qui doit pouvoir varier. Assigner à la loi déjà une telle mission, c'est renverser la vapeur et c'est s'enfermer dans une contradiction qui pourrait nous peser.

Je vous demande, pour cet argument, même si je reconnais que par rapport aux formules originelles que nous avions en commission, celles-ci sont beaucoup plus douces, beaucoup

plus «cool» – si vous me permettez le français – même si l'on n'est pas, en principe, confronté à des propositions intangibles, l'idée même de les glisser dans la loi n'est pas bonne pour le législateur, ni ensuite pour le développement souple et harmonieux de notre politique agricole.

Quant à mon deuxième argument contre ces projets de minorités, je ne sais pas ce que recèle l'avenir, il se pourrait que nous soyons contraints, sous la pression de la négociation internationale, à accélérer fortement le processus de mutation de l'agriculture suisse et que, pour pouvoir le réaliser plus rapidement, nous devions concentrer des moyens financiers nouveaux et plus intenses, notamment en rapport avec l'article 31a. Comment voulons-nous conduire, le moment venu, une telle politique si, alors que nous devons donner davantage à l'article 31a, nous sommes liés par cette convergence que prévoient MM. Jaeger, Bircher Peter et Strahm Rudolf avec les moyens de l'article 31b? Placés sous le fardeau de deux charges incompatibles avec nos moyens, nous serions obligés de déclarer forfait et d'admettre notre incapacité à réaliser plus brièvement la mutation agricole suisse de principe. Cette supputation n'est pas seulement théorique. Laissons-nous donc une liberté de mouvement, ne nous restreignons pas a priori pour pouvoir faire front valablement à une telle éventualité.

En outre, qui nous dit que les paysans vont trouver grand intérêt à pratiquer les méthodes prévues à l'article 31b qui, actuellement, sont réservées à une toute petite minorité de producteurs? Personne. Nous espérons qu'ils y viendront et nous voudrions leur en donner les moyens, mais à supposer qu'ils ne répondent pas à une telle volonté et à une telle démarche, que ferons-nous des millions inutiles répandus dans la nature, de manière dispendieuse, alors que nous pourrions les utiliser beaucoup mieux? Encore une fois, ne nous fixons pas aujourd'hui, a priori, les moyens dont nous disposerons à l'avenir.

Ensuite, je répète ce que j'ai déjà dit hier et ce que je répète inlassablement à nos amis favorables à un contenu écologique croissant de la législation agricole: nous sommes entièrement d'accord, nous proposons l'article 31b et nous le dotons, mais nous avons déjà consacré, entre autres, l'année passée – grâce aux orientations nouvelles de la production végétale et à l'article 20a de la loi sur l'agriculture que vous avez voté – 120 millions; c'est déjà le cas aujourd'hui pour les surfaces de compensation écologique, pour les céréales extenso, pour les compensations aux régions de montagne; sur ces 120 millions, 60 millions de bons francs sont déjà utilisés à des fins écologiques. Par conséquent, ne limitez pas le match aux articles 31a et 31b, il y a encore, dans la réalité actuelle de la politique paysanne beaucoup d'autres postes écologiques – l'article 20a en est un exemple topique puisque nous lui consacrons, déjà en 1992, trois fois plus de moyens que nous n'en consacrerions à l'article 31b dès 1993. C'est cette dimension plus large que la seule discussion 31a contre 31b qu'il faut avoir à l'esprit pour conduire une politique cohérente.

Par conséquent, il faut combattre les deux projets de minorité Jaeger et Strahm Rudolf et la proposition de M. Bircher Peter. Même s'ils définissent une intention que je partage, celle-ci ne doit pas être inscrite dans la loi. Je souhaite que la peur du référendum ait un peu le même effet que ce qu'on appelle en français la peur du gendarme, c'est-à-dire qu'elle déclenche la sagesse mais pas la panique. C'est dans cet esprit que je vous demande de rejeter ces propositions.

Enfin, on a annoncé tout à l'heure que le Conseil fédéral était favorable à la proposition de la majorité de la commission. En réalité, il pense que celle de la minorité II de M. Gros Jean-Michel est préférable, d'abord, parce qu'elle ne limite pas aux seuls exploitants paysans le droit aux paiements directs de l'article 31a. A notre avis, ceux-ci venant compenser partiellement les prix du marché qui vont diminuer par rapport aux prix administrés, il faut trouver une solution de règlement analogue à celle que l'on avait pour les prix. Je ne pensais pas que mon argumentation ébranlerait jusqu'à la droite genevoise, Monsieur le Député, (*Hilarité*) et j'aimerais qu'elle ébranle aussi tous les cartels de ce conseil. La minorité II a l'avantage de ne pas limiter aux ayants droit selon leur condition sociale la remise des paiements directs. Il est juste de ne pas limiter cela,

pas plus que les prix n'étaient limités aux exploitants agricoles au détriment des exploitants communautaires par exemple, lorsque l'on en était à la politique des prix purs et simples. C'est une première raison de suivre plutôt la minorité II (Gros Jean-Michel).

Je constate qu'il y a une seconde raison. L'idée de compléter les conditions de l'article 31a par un catalogue de prescriptions légales qui seront certainement matière à ordonnance, qui seront même plus détaillées, peut-être plus complexes encore dans l'ordonnance, est bonne quant au principe, mais je ne crois pas qu'il faille l'inscrire dans la loi. Vous réintervenez au plus haut sommet, c'est-à-dire le sommet du Parlement, par des moyens et des exigences qui ont en réalité leur place dans les mesures d'application. Il y a plus de clarté dans la proposition du Conseil des Etats.

C'est la raison pour laquelle je vous propose de vous y tenir en suivant la minorité II (Gros Jean-Michel), avec la garantie – que je répète – que ce sont bel et bien les solutions que vous envisagez, Mesdames et Messieurs les membres de la majorité, en ce qui concerne l'article 31a, qui se traduiront concrètement dans les mesures d'application.

Begrüssung – Bienvenue

Präsident: Ich habe die Ehre, auf der Besuchertribüne eine Delegation des polnischen Parlamentes unter der Leitung von Herrn Chelkowski, Präsident des Senats, zu begrüßen.

Die Delegation setzt sich aus je drei Mitgliedern der beiden Kammern, nämlich des Sejm und des Senats, zusammen. Nach der Rückkehr Polens in die Familie der demokratischen Nationen und nach dem Uebergang zur Marktwirtschaft drängt es sich auf, Kontakte auf parlamentarischer Ebene zu knüpfen und einem Volk, das von einer oft tragischen Geschichte gezeichnet ist, unsere Solidarität zu bekunden.

Ich heisse unsere polnischen Kollegen ganz herzlich bei uns willkommen. *(Beifall)*

Präsident: Wir gehen bei der Abstimmung wie folgt vor:

Zuerst bereinigen wir das Konzept. Dazu müssen wir zu Artikel 31a Absatz 1 zwei Abstimmungen durchführen: in einer ersten stellen wir die Minderheit I (Baumann) gegen die Mehrheit; dieses Resultat werden wir dem Minderheitsantrag II (Gros Jean-Michel) gegenüberstellen, welcher der Fassung des Ständerats entspricht.

In einer zweiten Abstimmungsrunde werden wir über die Gewichtung zwischen einkommensrelevantem und ökologisch bedingtem Anteil der Zahlungen entscheiden. Hier werden wir zunächst den Antrag der Minderheit Strahm Rudolf (Art. 31c) dem Antrag Bircher Peter (Art. 31b Abs. 1c) gegenüberstellen; das Resultat wird dann mit dem Minderheitsantrag III (Jaeger) zu Artikel 31a Absatz 1 konfrontiert.

Ueber das Endergebnis wird schliesslich die definitive Abstimmung entscheiden.

Abstimmung – Vote

Art. 31a Abs. 1 – Art. 31a al. 1

Erste Abstimmung – Premier vote

Für den Antrag der Mehrheit	101 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit I	65 Stimmen

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

Für den Antrag der Mehrheit	106 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit II	54 Stimmen

Art. 31b Abs. 1c, Art. 31c – Art. 31b al. 1c, art. 31c

Dritte Abstimmung – Troisième vote

Für den Antrag Bircher Peter (Art. 31b Abs. 1c)	90 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit Strahm Rudolf (Art. 31c)	58 Stimmen

Vierte Abstimmung – Quatrième vote

Für den Antrag Bircher Peter (Art. 31b Abs. 1c)	82 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit III (Art. 31a Abs. 1)	59 Stimmen

Fünfte Abstimmung – Cinquième vote

Für den Antrag Bircher Peter (Art. 31b Abs. 1c)	110 Stimmen
Dagegen	45 Stimmen

Art. 31a (neu) Abs. 2

Antrag der Kommission

Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit I

(Baumann, Bodenmann, Danuser, Hämmerle, Jaeger, Ledergerber, Mauch Rolf, Strahm Rudolf, Thür)

Die Direktzahlungen werden mit Bedingungen und Auflagen verknüpft. Insbesondere werden Beiträge nur gewährt, wenn zumindest die Richtlinien der Integrierten Produktion (IP) im Pflanzenbau und die kontrollierte Freilandhaltung in der Tierproduktion eingehalten werden und die vom Bundesrat festgelegten Einkommens- und Vermögensgrenzen nicht überschritten werden.

Minderheit II

(Baumann, Bodenmann, Danuser, Hämmerle, Ledergerber, Mauch Rolf, Strahm Rudolf, Thür)

Die Direktzahlungen setzen sich aus einem gleichen Sockelbeitrag pro Betrieb und einem Flächenbeitrag zusammen. Der maximale Flächenbeitrag darf den Sockelbeitrag nicht übersteigen. Der Bundesrat kann weitere Kriterien berücksichtigen.

Antrag Bundi

Die Direktzahlungen werden nach Betrieb, Fläche und Arbeitskraft ausgerichtet. Der Bundesrat kann weitere Kriterien berücksichtigen.

Antrag Epiney

Die Direktzahlungen werden nach Betrieb, Fläche und gemäss den mit der Produktionszone verbundenen Schwierigkeiten ausgerichtet. Der Bundesrat kann weitere Kriterien berücksichtigen.

Antrag Berger

Die Direktzahlungen werden aufgrund des standardisierten Arbeitskräftebedarfs des Betriebes und nach der Fläche ausgerichtet. Der Bundesrat kann weitere Kriterien berücksichtigen.

Art. 31a (nouveau) al. 2

Proposition de la commission

Majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité I

(Baumann, Bodenmann, Danuser, Hämmerle, Jaeger, Ledergerber, Mauch Rolf, Strahm Rudolf, Thür)

L'octroi des paiements directs est assorti de conditions et de charges. En particulier, les directives réglementant la production intégrée (PI) dans le secteur végétal ainsi que l'élevage contrôlé en liberté dans le secteur animal doivent, pour le moins, être appliquées; de plus, les limites de revenu et de fortune, fixées par le Conseil fédéral, ne doivent pas être dépassées.

Minorité II

(Baumann, Bodenmann, Danuser, Hämmerle, Ledergerber, Mauch Rolf, Strahm Rudolf, Thür)

Les paiements directs se composent d'une même contribution de base par exploitation et d'une contribution à la surface. La contribution à la surface maximale ne doit pas dépasser la

contribution de base. Le Conseil fédéral peut tenir compte d'autres critères.

Proposition Bundi

Les paiements directs sont déterminés en fonction de l'exploitation, de la surface et de la main-d'oeuvre. Le Conseil fédéral peut tenir compte d'autres critères.

Proposition Epiney

Les paiements directs sont déterminés en fonction de l'exploitation, de la surface et des difficultés liées à la zone de production. Le Conseil fédéral peut tenir compte d'autres critères.

Proposition Berger

Les paiements directs sont déterminés en fonction des besoins standardisés en main-d'oeuvre de l'exploitation et de la surface. Le Conseil fédéral peut tenir compte d'autres critères.

Baumann, Sprecher der Minderheit II: Ich bin Kopräsident der Schweizerischen Vereinigung zum Schutz der kleinen und mittleren Bauern. Hier geht es um einen Antrag, der deren Interessen vertritt. Ich möchte hier offenlegen, dass es um die Interessen der kleinen und mittleren Bauern geht, aber das sind in unserem Land immerhin mindestens 80 Prozent der praktizierenden Landwirte und Bäuerinnen.

Im Ständerat wurde richtigerweise gesagt, es handle sich hier um ein Rahmengesetz ohne Rahmen; weil wir jetzt bei der Landwirtschaft sind, könnte man sagen, es gehe um eine sehr grosse Weide ohne Umzäunung. Gemäss Botschaft sollten über diesen rudimentären Text in Artikel 31a Absatz 2 bald einmal jährlich mehrere Millionen Franken an die Landwirtschaft ausbezahlt werden.

Der Bundesrat und – nach meinen bisherigen Erfahrungen auf diesem Gebiet – das Bundesamt für Landwirtschaft wären völlig frei, diese Hunderte von Millionen Franken nach eigenem Gutdünken unter die Landwirte zu verteilen. Ich meine, das Parlament nimmt seine Verantwortung nicht wahr, wenn wir nicht wenigstens ansatzweise mitbestimmen, nach welchen Kriterien diese Beiträge an die einzelnen Betriebe ausgerichtet werden sollen.

Wenn man einen Weidezaun macht, muss man mindestens die Eckpfosten richtig einschlagen und verankern, sonst fällt der ganze Zaun zusammen, und die Pferde brennen durch. Dieses Risiko sollten wir hier nicht eingehen, darum braucht es zumindest diese Eckpfosten im Gesetz.

Der Bundesrat hat uns angekündigt, dass er die Beiträge vor allem nach der Fläche ausrichten will. Das wird zwangsläufig dazu führen, dass die grossflächige Tallandwirtschaft gegenüber der eher kleinbäuerlichen Landwirtschaft im Berg- und Hügellgebiet stark begünstigt wird. Modellrechnungen, die die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete durchgeführt hat, haben gezeigt, dass dadurch Regionen mit kleinbäuerlicher Landwirtschaft – Berg- und Hügellgebiete, die Innerschweiz, der Kanton Bern – auch als Region viel schlechter fahren würden. Oder etwas salopp ausgedrückt: Wer hat, dem wird gegeben.

Flächenbeiträge werden zudem dazu führen, dass die Nachfrage nach Land weiter angeheizt wird, Stichwort Pachtlandjäger. Die Folgen sind höhere Landpreise und höhere Pachtzinsen, die sich bekanntlich direkt auf die Produktionskosten niederschlagen. Eigentlich möchte man mit den Direktzahlungen ja den Arbeitseinsatz für die gemeinwirtschaftlichen Leistungen entschädigen, nur ist dies nicht so einfach messbar wie beispielsweise eben die Fläche. Sicher ist aber, dass grössere Flächen nicht einfach linear ansteigenden Arbeitsaufwand erforderlich machen; das möchte ich hier betonen. Ich kann heute einen 40-Hektaren-Ackerbaubetrieb mit entsprechendem Chemie- und Maschineneinsatz ohne weiteres im Nebenerwerb bewirtschaften – das wird bekanntlich in der EG zunehmend gemacht –; ich kann einen Grossbetrieb praktisch vom Lehnstuhl aus bewirtschaften. Andererseits könnte ich auf meinem 12 Hektaren grossen Kleinbetrieb bei biologischer Betriebsführung und entsprechender Direktvermarktung auch ohne weiteres etwa 3 bis 5 Personen voll beschäftigen. Darum habe ich auch wenig Verständnis für den Bauern-

verband, wenn er sagt, das Sockelprinzip funktionierte nicht, man müsse das Leistungsprinzip mit der Fläche hochhalten. Ich frage Sie: Wer erbringt wohl die grössere Leistung, ein Kleinbauer, der auf einem kleinen Heimwesen seine Familie durchbringt, oder einer, der auf der Sonnseite einen Grossbetrieb bewirtschaften kann?

Wir haben aus all diesen Gründen in der Kommission eine Kompromissformel vorgeschlagen. Die Direktzahlungen sollen sich aus einem gleichen Sockelbeitrag und einem Flächenbeitrag zusammensetzen, wobei der maximale Flächenbeitrag nicht höher sein soll als der Sockelbeitrag. Es geht hier um Gerechtigkeit, darum haben wir uns auch an die Verteilung der AHV-Renten gehalten. Verglichen mit den AHV-Renten würde ein gutsituierter grosser Betrieb künftig maximal doppelt soviel Direktzahlungen erhalten wie ein schlechtgestellter Kleinbetrieb. Wohlverstanden, immer noch doppelt soviel wie ein Kleinbetrieb. Mit dieser Formel würden nach den Modellrechnungen der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete die Berg- und Hügellgebiete relativ am besten fahren. Darum wird diese Lösung auch von der Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete unterstützt.

Ich bin mir bewusst, dass die Frage der Verteilung der Direktzahlungen unter den Bauern etwas mit Gerechtigkeit zu tun hat. Ich bin auch überzeugt, dass bei einer allfälligen Volksabstimmung diese Frage von erheblicher Bedeutung sein würde. Ich glaube, die Mehrheit der Bevölkerung ist nur dann bereit, Direktzahlungen an die Bauern auszuzahlen, wenn sie wirklich denen zugute kommen, die sie auch nötig haben.

Ich bitte Sie in diesem Sinne, in Absatz 2 dem Minderheitsantrag II zuzustimmen.

Bundi: Mein Antrag hat gegenüber dem Antrag der Kommissionenmehrheit zwei neue Komponenten. Erstens kehrt er die Reihenfolge der Kriterien um. Wie der Ständerat nennt er zuerst den Betrieb und dann die Fläche. Zweitens fügt mein Antrag als drittes Kriterium für den Bezug von ergänzenden Direktzahlungen noch die Arbeitskraft hinzu.

Zur Begründung: Die Reihenfolge der Kriterien wird zweifellos ausschlaggebend sein für die Höhe der Beiträge. Die Honorierung der selbständigen Betriebseinheit, die Förderung selbständiger Existenzen, vor allem von Familienbetrieben, soll zuerst und grundsätzlich anerkannt werden. Dabei verstehe ich die Zuweisung der Mittel durchaus auch als eine Art Sockelbeitrag, wie es die Kommissionsminderheit vorschlägt. Sachlich bestehen deshalb zwischen meinem Antrag und dem Antrag der Kommissionsminderheit in diesem Punkt keine eigentlichen Differenzen.

Die Fläche soll in zweiter Linie herangezogen werden. Gibt man ihr prioritäre Bedeutung, dann fördert man über Gebühr diejenigen Betriebe, die viel Land haben. Als drittes bestimmendes Kriterium möchte ich die Arbeitskraft verankern. Ich verstehe darunter natürlich auch die sogenannte standardisierte Arbeitskraft gemäss dem heutigen Begriff, wie er auch in den Buchhaltungsbetrieben bekannt ist. Damit wird der einzelne Betrieb gemäss seinem Arbeitsbedarf honoriert und gefördert. Mit ihm allein lassen sich die hohen Produktionskosten bei Betrieben, die unter erschwerten Bedingungen wirtschaften – insbesondere in bezug auf Steillagen, Hanglagen und grosse Entfernungen –, abgelenken. Kleine und mittelgrosse, aber arbeitsintensiv wirtschaftende Betriebe können über das Kriterium «hauptberufliche Arbeitskraft» am besten entschädigt werden. Insbesondere wird durch dieses Kriterium der Arbeitskraft auch die Mitarbeit der Ehefrau gebührend honoriert. Die hauptberuflichen Arbeitskräfte von kleinen und mittelgrossen Betrieben sind auch diejenigen Arbeitskräfte, welche die meisten gemeinwirtschaftlichen Leistungen vollbringen – die Pflege der Alpweiden, den Wegunterhalt, die Bewirtschaftung von ökologischen Ausgleichsflächen usw. –, welche nicht nur der Landwirtschaft zugute kommen, sondern bekanntlich auch für den Tourismus wichtig sind; man betont nämlich in den touristischen Kreisen immer wieder, wie wichtig eine intakte, gepflegte Landschaft sei. Auch die Botschaft hat sich mit dem Kriterium Arbeitskraft auseinandergesetzt. Sie verwirft es dann am Schluss, aber eigentlich allein mit dem Hinweis auf mangelnde Datenbasis und administrative

Schwierigkeiten. Die Erfassung der Arbeitskraft bei Hauptbetrieben ist aber nicht schwieriger als die Definition des Betriebes; der administrative Aufwand ist also derselbe. Beides ist nämlich gemeindeweise erfasst, und für beides liegen die Angaben zu ungefähr 95 Prozent vor.

Aus diesen Gründen möchte ich Sie bitten, meinem Antrag zuzustimmen.

M. Epiney: Dans sa bible de restructuration que constitue le 7e rapport sur l'agriculture, le Conseil fédéral a marqué avec beaucoup de courage – il faut le reconnaître – son souci de pratiquer une révolution en douceur, contrairement, semble-t-il, à ce qui se déroule dans la Communauté européenne. Il a en particulier tiré les leçons de la votation sur l'arrêté sur l'économie sucrière en annonçant la fin prochaine du protectionnisme traditionnel qui, comme vous le savez, aboutit parfois à la production d'excédents dans certains secteurs, à engendrer la cherté des produits, à multiplier les frais de fonctionnement des entreprises ou à tout simplement favoriser une agriculture intensive préjudiciable à l'environnement.

A cet effet, dans sa préoccupation légitime de mieux faire passer la pilule, le Conseil fédéral a adopté, en compensation à la garantie habituelle d'écoulement des produits à prix fixes, le système dit des paiements directs qui est destiné à venir en aide aux producteurs, et non plus à la production.

Une lacune existe cependant, Monsieur le Conseiller fédéral, dans la systématique de votre projet de modification. En effet, le facteur qui a provoqué la mise en place des paiements directs, à savoir les difficultés liées aux zones de production, ne figure plus dans cet article comme facteur devant servir de base à l'octroi de cette aide. Or, vous le savez, Monsieur le Conseiller fédéral, après avoir été les parents pauvres du boom économique, les paysans de montagne et des Préalpes ne sauraient accepter d'être les oubliés de l'histoire. L'alinéa 3 de l'article 31a de votre projet, qui donne la possibilité de moduler ces paiements directs, ne peut pas constituer une garantie suffisante pour cette catégorie d'agriculteurs.

Vous avez précisé tout à l'heure que la loi doit fixer le cadre. Et c'est justement dans cet article que vous devez fixer les facteurs qui doivent servir à la mise en place des paiements directs. Ma proposition va donc tout à fait dans le sens de la philosophie que vous avez développée et qui contribue à ancrer dans cette révision, à l'alinéa 2 et non pas dans les modalités de l'alinéa 3, le principe des paiements directs, en tenant compte des difficultés liées à l'exploitation, facteur qui, je le répète, est celui qui, aujourd'hui, sert précisément à la fixation de ces paiements directs. En effet, dans les régions au relief tourmenté, plusieurs facteurs renchérisent la production, et ils empêchent absolument les agriculteurs d'être concurrentiels. La topographie des lieux, l'aridité du sol, le morcellement des terres, les difficultés d'accès ou tout simplement la rudesse du climat sont autant de raisons objectives qui justifient l'admission de ce critère comme un critère essentiel devant servir à l'octroi des paiements directs.

Par conséquent, Monsieur le Conseiller fédéral, ma proposition tend simplement à institutionnaliser le principe à l'alinéa 2 et non pas à admettre ce facteur comme étant une «Kann-Vorschrift», une possibilité octroyée au Conseil fédéral parmi d'autres facteurs secondaires. Cette suggestion ne devrait d'ailleurs que trouver votre agrément puisque, je le répète, elle s'inscrit parfaitement dans la philosophie que vous avez habilement développée tout à l'heure.

M. Berger: Je présenterai mon amendement par une image: pour atteindre un même revenu, une exploitation de culture spéciale, viticole, arboricole, maraîchère ou autre, se limite à un besoin de surface de cinq à dix hectares, alors qu'une exploitation laitière a besoin au minimum de quinze à vingt-cinq hectares et qu'une exploitation céréalière devra disposer de surfaces beaucoup plus étendues, voire de quarante à soixante hectares. Ce simple exemple nous démontre que ni la surface ni l'exploitation donnent une image précise de la situation réelle de l'entreprise. C'est en fait la main-d'œuvre standardisée par exploitation et la surface qui déterminent l'image économique d'une ferme. Qu'entend-on par main-

d'œuvre standardisée? Tout simplement par le besoin normalisé en main-d'œuvre pour une culture donnée.

Comme les paiements directs sont destinés en priorité à compléter le revenu, la seule référence possible et objective utilisable pour définir l'entreprise, c'est bien la part de main-d'œuvre nécessaire et la surface de l'entreprise. C'est d'ailleurs ce que j'ai cru comprendre dans la version du Conseil des Etats qui place en priorité l'exploitation. Ma proposition ne modifie pas le sens de l'alinéa 2. Elle n'apporte qu'une précision de ce que représente le terme d'exploitation.

Certes, le message prévoit d'autres critères. Mais celui de la main-d'œuvre standardisée et de la surface est le seul qui placera les agriculteurs, quelle que soit leur vocation, sur une base d'appréciation identique, et cela me paraît important. Des paiements directs sont distribués actuellement et ont même été augmentés substantiellement en 1991, mais pour une catégorie de paysans seulement, étant donné que la législation ne prévoit pas l'ensemble. C'est pourquoi nous tenons à ce que toutes les entreprises soient enregistrées sur des critères identiques.

Ma version de l'alinéa 2 présente également deux avantages non négligeables. D'une part, elle évitera les fraudes, les divisions d'exploitations; sur ce plan-là nous avons déjà passablement d'exemples. Elle évitera surtout que l'indemnité à la surface ne devienne un nouveau sujet de spéculation sur les sols. De plus, ce système, en besoin en main-d'œuvre et surface exploitée, est déjà fonctionnel puisqu'il est utilisé pour définir les indemnités rétrocédées sur les carburants utilisés dans l'agriculture. L'application du système n'est pas compliquée. Toutes les normes nécessaires sont déjà fonctionnelles et utilisées par la Confédération.

Mon amendement vise avant tout à placer toutes les exploitations sur une base de critères identique, ce qui n'empêche nullement de différencier les prestations par la suite. Je vous engage donc à le suivre.

Pour répondre à M. Epiney, je suis d'avis que le critère des difficultés d'exploitation est totalement différent. C'est par les prestations que, jusqu'à maintenant, nous avons indemnisé ces régions, et c'est par ce même critère que nous pourrions poursuivre cette indemnisation.

Je profite de cette occasion pour rappeler mes propos d'hier. Il serait également souhaitable, dans cet esprit, que le cadastre des productions agricoles soit revu et adapté – je le souhaite dans les meilleurs délais – aux normes européennes.

M. Gobet: On l'a déjà abondamment rappelé hier et aujourd'hui, le but des paiements directs, selon l'article 31a, est notamment de compenser la perte qui résultera pour les exploitations agricoles d'une plus forte soumission aux marchés sur le plan national puis international. On sait que, en fonction notamment des exigences du GATT, mais aussi de certains impératifs budgétaires, les prix des produits agricoles n'augmenteront plus, voire courent le risque d'une baisse. Il importe donc que l'on compense par le biais des paiements directs ces pertes qui seraient, sans cela, insupportables pour notre agriculture. La proposition du Conseil fédéral qui a été admise par la majorité de la commission, a le mérite de satisfaire à ces exigences. Les contributions par exploitation, telles qu'on les envisage seront un appui important aux structures, et c'est un élément qui a toute sa valeur, notamment dans la perspective du maintien de l'agriculture dans les régions défavorisées, mais aussi lorsque l'exploitant a plusieurs activités.

La contribution à la surface est importante pour rétribuer la prestation à la collectivité. On l'a dit, le rôle de l'agriculture ne sera plus seulement alimentaire, il y aura, dans le cadre de la notion de multifonctionnalité, un certain nombre d'autres prestations que l'agriculture fournira et qui doivent être rétribuées. Or, la prestation est aussi fonction de l'importance de l'exploitation. La prestation sous l'angle de la multifonctionnalité sera différente quantitativement parlant, notamment selon que l'on est une petite ou une plus grande exploitation. Il y a donc lieu de tenir compte de cet élément. La proposition du Conseil fédéral, que la majorité de la commission a admise, va dans ce sens. Elle offre également au Conseil fédéral la souplesse nécessaire pour adapter la part de l'aide qui doit aller à l'exploita-

tion dans le sens de l'aide aux structures, et la part qui doit aller à la rétribution de la prestation. Elle lui permet aussi d'adapter l'aide en fonction de l'évolution, telle qu'on la constatera, selon la mesure dans laquelle les paysans répondent aux incitations qui leur sont données à l'article 31b.

C'est donc pour toutes ces bonnes raisons que je vous demande de suivre la majorité de la commission. Certains intervenants ont prétendu que l'agriculture avait davantage intérêt dans les prestations selon l'article 31b que dans les prestations selon l'article 31a. On a même fait certaines comparaisons. On a dit que lorsqu'on met en valeur le lait sous forme de fromage, il n'y que 34 centimes qui vont aux paysans, le reste va aux intermédiaires. Ce serait erroné de croire que les prestations qui vont dans le sens de l'article 31b constitueront entièrement un revenu net pour le paysan. Avec une production moindre, il faudra soutenir la même exploitation, entretenir les mêmes bâtiments, le même parc de machines, payer les mêmes assurances et les mêmes impôts probablement. Donc les contributions selon l'article 31b ne seront pas forcément un revenu net pour l'agriculteur qui en bénéficiera.

Par contre, les contributions sous l'article 31a permettent un soutien à une certaine production – c'est vrai, le paysan n'en retire pas la plus grande part. Il ne faut pas oublier que les 66 centimes cités recouvrent un nombre très important de postes de travail dans la transformation et la mise en valeur des produits agricoles. Il y a certainement des milliers de postes de travail qui, au travers de cette part du produit final, sont en jeu dans le pays. Il y a quelques semaines on relevait la relative stabilité de l'emploi qu'il y avait dans le secteur de l'agro-alimentaire. Si l'on veut porter atteinte à cet aspect de la politique agricole, il faut être conscient qu'on ajoutera aux chômeurs de la construction, aux chômeurs de l'industrie des machines et outils, des chômeurs supplémentaires de l'agro-alimentaire.

Je vous remercie de bien vouloir tenir compte de ces considérations et suivre la proposition de la majorité de la commission et du Conseil fédéral.

M. Perey: Les trois propositions distribuées hier n'ont pas pu être discutées dans le cadre des groupes et je voudrais y ajouter quelques remarques à titre personnel.

La proposition de M. Bundi, qui reprend en partie celle du Conseil des Etats, veut donner la priorité – du moins c'est ce qu'il pense faire – à l'exploitation sur la surface. Je ne suis pas très sûr que l'ordre de présentation dans l'article représente des critères différents. Pour moi, cela ne fait aucune différence, mais peut-être que M. le conseiller fédéral nous éclairera un peu plus sur ce point.

M. Bundi ajoute dans sa proposition le critère de la main-d'oeuvre, tout comme M. Berger, ce qui va à l'encontre des théories de M. Baumann qui, lui, prétend que les gros paysans ne travaillent pas, qu'ils restent dans leur fauteuil. Monsieur Baumann, je vous demande d'être prudent lorsque vous attaquez les gros paysans: pensez bien que je suis gros non par mon exploitation et que je me sens attaqué quand même. Je suis persuadé que de nombreux gros paysans passent au pro rata des surfaces autant, si ce n'est plus, d'heures de travail sur l'ensemble de leurs terres que vous-mêmes. En ce qui concerne la théorie de M. Bundi, lorsqu'il sera question de main-d'oeuvre, nous aurons intérêt à rester assis au fond de notre fauteuil afin de pouvoir engager de la main-d'oeuvre qui sera subventionnée par l'Etat. Il faut donc être très prudent.

En ce qui concerne la proposition Epiney, il est faux – comme l'a précisé M. Berger – de vouloir mettre dans cet alinéa les critères de zones de difficulté, tout ceci étant prévu dans d'autres endroits. L'article dans la version de la majorité de la commission est plus simple car il dit bien que le Conseil fédéral peut appliquer d'autres critères qu'il définit lui-même. A mon avis, il est sage de laisser le Conseil fédéral régler cela de cas en cas. En voulant énumérer certains de ces critères, on en oublie obligatoirement et cela ne clarifie pas la loi.

La minorité II de M. Baumann veut une égalité entre la contribution de base à celle de l'exploitation, c'est vraiment ce que l'on appelle le nivellement par le bas. Cela favorisera d'une façon invraisemblable les petites exploitations et poussera les

paysans à diviser leur exploitation, à l'inverse d'une restructuration indispensable à l'agriculture future. Je pense que c'est une mauvaise affaire parce que, automatiquement, on va voir fleurir les nouvelles exploitations, car il suffira de partager. Celui qui a une importante exploitation et qui travaille avec ces trois fils – ce qui est mon cas – pourra la partager en trois, ce qui sera beaucoup plus simple mais faux.

L'alinéa 2 de la proposition de minorité II (Baumann) demande en plus des contrôles impossibles sur le secteur végétal et animal et veut imposer des limites de revenu. C'est bien le comble de l'injustice car l'exploitant qui a bien géré son domaine, sans le couvrir de dettes, sera puni et ne recevra pas de compensation. On donnera ainsi une prime à celui qui, volontairement ou non, se sera endetté. Les paysans auront vite compris qu'il est plus utile de s'endetter en achetant par exemple de nouvelles terres à des prix spéculatifs. Voulons-nous cela? Non, absolument pas. Il est donc complètement faux de vouloir punir celui qui mène ses affaires de façon correcte.

Voilà pourquoi il faut rester logique et responsable. Je vous invite au nom du Parti radical à suivre la majorité de la commission.

Schwab: Im Namen der SVP-Fraktion lehne ich den Antrag der Minderheit II (Baumann) ab. Dieser Antrag geht eindeutig zu weit. Auch wir sind der Meinung, dass wir mit einem Sockelbeitrag in einer Grössenordnung, die vernünftig ist, in diese Richtung gehen müssen. Im Antrag des Bundesrates kann dieser erfolgen. Der Antrag des Bundesrates ist offen gehalten, weil er beinhaltet, dass nebst Fläche und Betrieb auch weitere Kriterien berücksichtigt werden können.

Zum Antrag des Bundesrates im speziellen: Dieser enthält noch eine leistungsbezogene Komponente. Wohl wurde vorhin gesagt, dass dieser Antrag für die Betriebe im Hügel- und Berggebiet eindeutig nachteilig sei. Ich muss Ihnen sagen: Es gibt auch Gebiete im Hügel- und Berggebiet – ich denke an das ganze Juragebiet –, wo Sie recht grossflächige Bauernbetriebe haben. Ich erinnere auch an Betriebe mit viel Weidewirtschaft, wo recht grosse Flächen sind und die Leistung, die man dort erbringen muss, eindeutig mit der Betonung auf Fläche honoriert wird. Derjenige, der mehr Flächen bewirtschaftet, erbringt eine Leistung für Landschaftspflege und anderes. Also ist diese Möglichkeit nach Fläche und Betrieb gegeben. Zu den Anträgen Berger, Bundi und Epiney: Diese drei Anträge lagen der Fraktion nicht vor. Der Antrag Berger könnte noch am ehesten berücksichtigt werden, weil dort die eingesetzte Arbeitskraft sehr stark berücksichtigt werden muss. Im Namen der grossen Mehrheit der Fraktion muss ich beantragen, dem Antrag von Bundesrat und Kommissionmehrheit zuzustimmen.

Zwygart: In der LdU/EVP-Fraktion werden vor allem wir von der EVP den Minderheitsantrag II (Baumann) unterstützen. Wir haben in unseren langen Diskussionen festgestellt, dass sich in der Landwirtschaftspolitik zu vieles als Sackgasse erwiesen hat. Wenn man nun eine Sackgasse erkannt hat, kann man da einfach weiterfahren und hoffen, die Probleme lösen sich von selber? Im 7. Landwirtschaftsbericht haben wir erkannt, dass die Problematik u. a. auch in der Ueberproduktion liegt. Das ist die eine Seite.

Die Bauern waren in ihren Produktionssteigerungen zu erfolgreich, und wir müssen nun Korrekturen anbringen. Diese Korrekturen sollen grundlegend sein. Andererseits sind unsere Landschaft und im besonderen die Randregionen durch die Landwirtschaft geprägt. Wir brauchen eine genügende Anzahl von Landwirten, insbesondere in den Randregionen. Gerade in den benachteiligten Gebieten sind jedoch die klein- und mittelbäuerlichen Strukturen notwendig und sinnvoll. Hier werden vollmechanisierte Grossbetriebe unserer Landschaft, den Dorfstrukturen und dieser Kultur nicht gerecht.

Die EVP ist darum der Meinung, dass Direktzahlungen der Ausgangspunkt sein können, um aus der Sackgasse herauszukommen. Aber wir dürfen nicht erneut falsche Wege einschlagen. Wir brauchen die ökologischen Bedingungen, und ein genügend grosser Sockelbeitrag hilft mit, dass Rand- und Bergregionen ihre angepasste Struktur behalten können. Der

freie Markt lässt sich eben in unserem Gebiet nicht so frei durchführen, wenn wir an die Kleinräumigkeit denken.

Wir unterstützen deshalb die Vorschläge, welche den genügenden Sockelbeitrag vorsehen. Nach unserer Meinung ist es hier der Antrag der Minderheit II (Baumann), denn er führt dazu, dass insbesondere in diesen benachteiligten Gebieten nicht Kleinholz gemacht wird. Dort sind auch die bodenbewirtschaftenden bäuerlichen Familienbetriebe vorhanden, die weniger gefährdet sind als anderswo, wo Tierfabriken und Horsol-Unternehmungen im Zunehmen sind.

Es ist eine Grundsatzfrage, wie weit die Strukturbereinigung gefördert werden soll. Lassen wir der Strukturbereinigung einfach freien Lauf, so ist das aus unserer Sicht der falsche Weg. Die Anträge des Bundesrates und der Mehrheit gehen in diese Richtung: Sie setzen keine untere Limite fest, auch keine obere; aber wir wissen, dass es in bezug auf die Zahl der Bauernbetriebe nur talwärts gehen kann. Was wegrationalisiert ist, das ist weg, für immer verloren. Darum ist auch ein Vorschlag, wie er im Antrag Bundi vorkommt, der die Arbeitskraft bewertet und gewichtet, eine Möglichkeit, der Technisierung der Landwirtschaft entgegenzuwirken.

Ich bitte Sie: Geben Sie den Minderheiten dieses Gewicht, damit wir wissen, dass für die Zukunft der Landwirte Sicherheit gewährleistet ist; denn nur so dürfen wir bewusst diesen Weg gehen und stehen nicht am Ende vor dem Nichts.

Begrüssung – Bienvenue

Präsident: Ich habe die Ehre, den Präsidenten des Europaparlamentes, Herrn Egon Klepsch, begleitet von fünf weiteren Parlamentsmitgliedern, begrüßen zu dürfen. Der Kontakt, den wir mit unseren europäischen Kollegen haben, und die Diskussionen mit ihnen sind im Vorfeld unserer Beratungen über das EWR-Abkommen besonders aktuell und interessant. Durch die Einladung dieser Delegation von hochstehenden Persönlichkeiten wollen wir das demokratische Element in der Europäischen Gemeinschaft betonen, denn das Parlament ist ja die einzige EG-Behörde, die direkt gewählt worden ist. Namens unseres Rates möchte ich Herrn Präsident Klepsch und seine Kollegen recht herzlich willkommen heissen und ihnen einen schönen Tag wünschen. (Beifall)

Kühne, Berichterstatter: Mit der vorangehenden Abstimmung (betreffend Konzept) haben wir auch über die Minderheit I in Artikel 31a Absatz 2 entschieden. Diese Minderheit I steht also nicht mehr zur Diskussion.

Nun haben wir drei Einzelanträge vor uns, über die die Kommission nicht diskutieren konnte. Es geht bei den Anträgen Bundi und Berger um das Einfügen der Arbeitskraft als weiteres Kriterium in Absatz 2, wobei Herr Berger das in Form des standardisierten Arbeitskräftebedarfes vornehmen möchte.

Ich gehe davon aus, dass Herr Bundi namentlich an das Berggebiet denkt und Herr Berger mit seinem Antrag den Bedürfnissen der Spezialbetriebe Rechnung tragen möchte. Die Fassung der Mehrheit und des Bundesrates beinhaltet diese Möglichkeit ohne weiteres, indem es ja heisst, die Abstufung erfolge nach Fläche, Betrieb oder anderen geeigneten Kriterien. Der Antrag Epiney will als weiteres Kriterium die Produktionszone miteinbeziehen. Ganz klar, dass er damit ebenfalls an das Berggebiet denkt, und sein Antrag würde vor allem dann zusätzliches Gewicht erhalten, wenn bisherige Förderungsmassnahmen zugunsten des Berggebietes allenfalls in Direktbeiträge nach diesem Gesetz umgewandelt würden.

Ich möchte immerhin festhalten, dass der Antrag der Kommissionmehrheit zu Artikel 31a Absatz 3 Buchstabe a die klare Formulierung «Der Bundesrat stuft ab» vorsieht und nicht «Der Bundesrat kann abstufen» – abgestuft nämlich nach den natürlichen Produktionsverhältnissen und anderen Faktoren. Dem Antrag von Herrn Epiney wird mit der Fassung der Kommissionmehrheit ein Stück weit entgegengekommen. Beim Antrag der Minderheit II (Baumann) geht es um die Zu-

messungskriterien pro Einzelbetrieb. Auch dieser Antrag hat der Kommission nicht in dieser Form, wie er auf der Fahne ist, vorgelegen; er wurde modifiziert. Es geht darum, dass festgelegt wird, wie die Zahlungen pro Betrieb aufgeteilt werden. Dabei müssen Sie davon ausgehen, dass ein reiner Sockelbeitrag für die kleinen Betriebe von Vorteil wäre, dass er strukturerhaltend wäre; reine Flächenbeiträge begünstigen die grossen Betriebe und fördern den Strukturwandel.

In der Kommission war unbestritten, dass eine Kombination beider Punkte beinhaltet sein muss, also sowohl Sockelbeitrag wie auch Flächenbeitrag. Herr Bundesrat Delamuraz hat zugesichert, dass die Mittel ungefähr zu je 50 Prozent eingesetzt würden. Gemäss Fassung der Minderheit II geben Sie bedeutend mehr Geld für den Sockelbeitrag aus, indem nämlich erst bei den grösseren Betrieben der Flächenbeitrag das gleiche Ausmass erreicht wie der Sockelbeitrag.

Mit der Version der Kommissionmehrheit schreiben Sie diese Verteilung im Gesetz nicht fest und geben damit die notwendige Flexibilität. Ich bitte Sie, der Mehrheit zu folgen.

M. Couchepin, rapporteur: Il faut mettre la discussion que nous menons maintenant en rapport avec celle que nous avons eue il y a un instant. En particulier, il faut tenir compte du fait qu'on a introduit une règle déjà dans la répartition des paiements directs en acceptant la proposition Bircher Peter. On doit aboutir dans un délai plus ou moins court, mais quand même limité, à donner la moitié au moins des paiements directs en fonction de l'article 31b et l'autre moitié en fonction de l'article 31a. La question est alors de savoir comment on peut coordonner ce qui vient d'être décidé avec des critères supplémentaires qui seraient introduits ici. Je crains que si on multiplie ici des critères, auxquels s'ajoute ce qui a été voté tout à l'heure, on risque d'avoir des effets pervers que nous ne sommes pas en mesure de prévoir parce que c'est un peu par surprise que cette législation a été modifiée. C'est cet argument de fond qui m'incite au nom de la majorité de la commission à vous demander de vous en tenir à la solution de la majorité de la commission.

La proposition de M. Epiney ajoute un critère en fonction des zones de production. Elle a un certain nombre de qualités et peut se défendre. Néanmoins, précisément à cause de la simplicité qui est nécessaire si on veut éviter d'aboutir à un système si compliqué qu'il ne peut plus être maîtrisé, il faudrait, à cette étape de la procédure en tout cas, renoncer à la proposition Epiney.

En tous les cas, il faut aussi renoncer à la proposition Baumann qui aurait pour but de provoquer – comme l'a dit M. Perey excellemment comme à son accoutumée – la division des domaines afin de profiter davantage des paiements directs puisqu'ils seraient donnés en fonction des exploitations et en fonction de la surface, mais à égalité en fonction de l'exploitation et de la surface. La proposition Baumann aurait un effet très négatif quant à l'évolution des structures. C'est un autre concept que nous voulons refuser parce qu'il ne permet pas d'évolution dynamique de l'agriculture.

La proposition Bundi et la proposition Berger ont en commun la volonté d'introduire le critère de la main-d'oeuvre. Bien que la proposition de M. Berger semble plus claire, aucune ne devrait être retenue pour la raison que j'ai indiquée tout à l'heure. Il faut en rester à un système le plus simple possible si l'on ne veut éviter d'avoir une sorte de grille qui aboutisse à des blocages. Mais, ce ne sont pas des propositions qui me semblent absolument définitives. C'est aussi une raison de ne pas introduire maintenant un élément nouveau dans le système.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Tout d'abord en ce qui concerne la proposition de la minorité II de M. Baumann, qui voudrait donner une importance au moins aussi grande à la contribution par exploitation qu'à la contribution à la surface, je pense qu'elle a l'immense inconvénient de nous conduire à une sclérose des structures, alors que nous voulons précisément modifier celles-ci, alors que nous voulons aller vers plus de mobilité et de transformation afin d'aller vers davantage d'efficacité et, par conséquent, d'aller davantage en direction du marché. Vouloir à tout prix accorder à la prestation publi-

que en faveur de chaque exploitation un montant égal à celui que nous donnons en fonction de la surface présente ce premier inconvénient majeur que de bétonner les structures de l'agriculture, dont chacun dit précisément qu'elles doivent être au contraire mobiles.

Ensuite, c'est renverser les valeurs de dire que, dès que l'on a une exploitation moyenne ou un peu plus grande, on est nécessairement en condition idéale au point que l'on n'a plus besoin d'une aide proportionnée de la part de l'Etat, alors que dans les petites exploitations on doit recevoir une aide extrêmement importante. Il est bien clair qu'une attribution à la surface seulement de l'aide publique ne serait pas équitable et qu'elle créerait alors très certainement une situation trop favorable aux grandes et moyennes exploitations et qu'elle irait au détriment des petites exploitations. C'est pourquoi le Conseil fédéral ne vous propose pas une telle solution et qu'il prend en compte une correction favorable aux petites exploitations, c'est la contribution par exploitation.

Mais, vouloir donner à ce correctif une importance de l'ordre de celle que propose M. Baumann avec la minorité II, c'est décidément renverser – je le répète – l'ordre normal des choses et, en quelque sorte, pénaliser ceux qui sont efficaces simplement parce qu'ils sont un peu plus grands que les autres. Le Conseil fédéral ne veut pas suivre ce chemin. Dans l'ordonnance d'application qu'il soumettra à consultation, prendre en compte l'unité d'exploitation sera la contribution équitable à une solution équitable. Ne veuillez pas faire davantage tout de suite.

Les propositions de MM. Bundi et Berger consisteraient à ajouter aux critères déterminés et annoncés dans cet alinéa, c'est-à-dire le critère de l'exploitation et celui de la surface de cette exploitation – l'ordre dans lequel ils sont cités n'a pas d'importance en soi – un critère relatif à la main-d'oeuvre. Nous pensons, Messieurs Bundi et Berger, que si l'on commence avec l'énoncé d'autres critères dans cet alinéa déjà, on risque de devoir établir une liste qui n'aura pas de fin, car en réalité si parmi les autres critères celui de la main-d'oeuvre est sans doute un critère dont on tiendra compte, il y a également des questions de zones dans lesquelles s'expriment les producteurs qui devront être prises en compte dans nos appréciations. Il pourra y avoir des secteurs de l'exploitation et de la production agricoles qui ne pourront pas être traités quant à l'aide publique de la même manière les uns et les autres. Ce seront aussi d'autres critères dont il faudra tenir compte. Le fait que l'on prenne en compte des unités de bétail dans une certaine mesure, du moins dans les procédures transitoires, devra également s'imposer. Bref, si nous dressons dans cet alinéa déjà et dans la loi en général une liste des critères possibles dont le Conseil fédéral doit tenir compte à un moindre degré que des critères concernant la surface et l'unité d'exploitation, nous nous perdrons. Nous ne construirons pas une loi, mais un horaire de tram, où l'application et sa nécessaire souplesse, tenant compte des réalités que l'on observe, feront totalement défaut. Vous avez déjà forcé le Conseil fédéral, par la votation de tout à l'heure, à orienter sa politique, avant même d'avoir commencé les premières applications, en énumérant encore davantage dans la loi les critères autres que l'unité d'exploitation et la surface. Vous l'astreignez à un exercice impossible, d'où sont exclues la mobilité, toute souplesse et toute appréciation.

Je vous prie dès lors de bien vouloir, Messieurs Bundi et Berger, considérer que, sous «autres critères» tels que figurant dans le texte du Conseil fédéral ou dans celui du Conseil des Etats, il est possible au gouvernement de faire usage de la composante de la main-d'oeuvre. Bien plus, je prends ici l'engagement de faire apparaître cette notion expressis verbis dans l'ordonnance d'application, même si la loi demeure muette sur ce critère. Et sous «autres critères», je m'engage à faire figurer la prise en compte du chiffre de la main-d'oeuvre standardisée que réclame spécifiquement les types d'exploitation et de production agricole. Il est bien clair qu'à défaut de prendre en compte ce critère, nous placerions en situation de pénalité, en tout cas nous péjorerions ce secteur agricole spécifique qui, par nature, exige une main-d'oeuvre plus abondante que d'autres secteurs. Cet élément doit intervenir, cer-

tes, mais pas de manière aussi primordiale et fondamentale que les deux critères principaux énumérés en tant que tels à cet alinéa. Sous «autres critères», la main-d'oeuvre aura sa place, sans qu'il soit nécessaire de la citer ici.

Enfin, en ce qui concerne la proposition de M. Epiney, je dirai *mutatis mutandis*, que quand même, il l'a fondée sur d'autres éléments que les deux autres propositions. Il sera tenu compte de manière claire et nette de cet élément de zones de production, en particulier, Monsieur Epiney, lorsque dans le temps – et ce sera ces prochaines années – on aura à reprendre dans l'article 31a tout un acquis de paiements directs actuellement existants, notamment en faveur des régions de montagne où, notamment en zone 4, le revenu paysan est assuré à plus de 50 pour cent, aujourd'hui déjà, par des paiements directs, il est clair que ce critère, dans l'ordonnance d'application, aura force chaque année davantage. Cela permettra un passage harmonieux et évitera une rupture entre la situation actuelle et la situation future. Mais ne me faites pas insérer ce critère dans la loi, car il signifierait que nous voulons jouer plus vite que les violons et que nous devons tout de suite considérer le critère de la zone de production avec presque la même importance que les deux autres critères énoncés dans la loi, ce qui n'est pas conforme à la transformation en souplesse et graduelle que nous souhaitons établir. Sous «autres critères», dans cet esprit et dans cette intention, au fur et à mesure que les paiements directs particuliers viendraient à extension aux zones de montagne, nous devrions les reprendre en les transformant mais en gardant en vue la cible des destinataires dans l'article 31a. Cela sera aussi un critère important dans l'attribution par le Conseil fédéral de ces paiements: nouvelle formule mais ancien contenu.

C'est la raison pour laquelle nous évitons de la casuistique. Il faut le faire en tant que législateur, en reprenant les propositions de MM. Bundi, Berger et Epiney. Par conséquent, il faut en rester à la formule présentée par le Conseil des Etats.

Präsident: Ich habe noch eine Mitteilung zu machen. Heute feiern die Herren Francis Matthey, Ernst Mühlemann und Philippe Pidoux Geburtstag. (Beifall)

M. Berger: Juste une précision sur la portée de ma proposition. Il s'agissait bien de main-d'oeuvre standardisée qui doit définir la notion d'exploitation.

Fort de vos déclarations, Monsieur le Conseiller fédéral, et des assurances que vous nous avez données, je retire ma proposition, puisque vous en tiendrez compte dans les ordonnances.

Präsident: Herr Berger hat seinen Antrag zurückgezogen. Das die Absätze 1 bis 3 umfassende Konzept der Minderheit I (Baumann) haben Sie in der Abstimmung zu Absatz 1 verworfen. Deshalb stehen jetzt auch Absatz 2 und Absatz 3 gemäss Minderheit I (Baumann) nicht mehr zur Diskussion.

Abstimmung – Vote

Erste Eventualabstimmung – Premier vote préliminaire

Für den Antrag der Mehrheit	66 Stimmen
Für den Antrag Bundi	49 Stimmen

Zweite Eventualabstimmung – Deuxième vote préliminaire

Für den Antrag Epiney	72 Stimmen
Für den Antrag der Mehrheit	55 Stimmen

Definitiv – Définitivement

Für den Antrag Epiney	81 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit II	57 Stimmen

Art. 31a (neu) Abs. 3

Antrag der Kommission Mehrheit

Der Bundesrat

a. stuft die ergänzenden Direktzahlungen nach den natürlichen Produktionsverhältnissen, der natürlichen Ertragskraft des Bodens und anderen Faktoren ab;

- b. legt Vermögens- und Einkommensgrenzen fest;
- c. legt Mindest- und Höchstgrenzen fest;
- d. (neu) kann für die Bezüger eine Altersgrenze festsetzen.

Minderheit I

(Baumann, Bodenmann, Danuser, Hämmerle, Jaeger, Ledergerber, Mauch Rolf, Strahm Rudolf, Thür)
Der Bundesrat bestimmt jährlich die Höhe der Direktzahlungen pro Betrieb. Er kann die Zahlungen nach den ökologischen Leistungen, der Fläche, den natürlichen Produktionsbedingungen, der Ertragskraft des Bodens und anderen Faktoren abstufen.

Minderheit II

(Gros Jean-Michel, Binder, Fischer-Sursee, Kühne, Perey, Spoerry, Stucky, Theubet)

Bst. a, c, d (neu)

Gemäss Antrag der Mehrheit

Bst. b

Streichen

Minderheit III

(Bühler Simeon, Bodenmann, Gobet, Hämmerle, Kühne)

Bst. a-c, d (neu)

Gemäss Antrag der Mehrheit

Bst. e (neu)

e. kann in besiedlungsgefährdeten Gebieten einen zusätzlichen Beitrag ausrichten, gebunden an die Arbeitskraft oder als erhöhter Sockelbeitrag.

Antrag Hari

Bst. a-c

Gemäss Antrag der Mehrheit

Bst. d (neu)

Streichen

Art. 31a (nouveau) al. 3

Proposition de la commission

Majorité

Le Conseil fédéral:

- a. échelonne les paiements directs selon les conditions naturelles de production, le rendement du sol et d'autres facteurs;
- b. détermine des limites de fortune et de revenu;
- c. détermine des limites minimales et maximales;
- d. (nouvelle) peut fixer une limite d'âge pour les bénéficiaires.

Minorité I

(Baumann, Bodenmann, Danuser, Hämmerle, Jaeger, Ledergerber, Mauch Rolf, Strahm Rudolf, Thür)

Le Conseil fédéral fixe chaque année les montants des paiements directs alloués par exploitation. Il peut échelonner les paiements selon les prestations de caractère écologique, la surface, les conditions naturelles de production, la fertilité du sol et d'autres facteurs.

Minorité II

(Gros Jean-Michel, Binder, Fischer-Sursee, Kühne, Perey, Spoerry, Stucky, Theubet)

Let. a, c, d (nouvelle)

Selon proposition de la majorité

Let. b

Biffer

Minorité III

(Bühler Simeon, Bodenmann, Gobet, Hämmerle, Kühne)

Let. a-c, d (nouvelle)

Selon proposition de la majorité

Let. e (nouvelle)

e. peut verser, dans les régions qui courent le risque d'être abandonnées, une contribution supplémentaire, liée à la main-d'œuvre ou allouée sous forme de contribution de base majorée.

Proposition Hari

Let. a-c

Selon proposition de la majorité

Let. d (nouvelle)

Biffer

M. Gros Jean-Michel, porte-parole de la minorité II: A l'alinéa 3 de l'article 31a, la minorité II de la commission vous propose d'en revenir à la version du Conseil fédéral pour ce qui concerne la lettre b, donc de biffer la version de la majorité, ce qui revient à vous demander de renoncer à déterminer des limites de fortune et de revenu lors de l'attribution des paiements directs complémentaires.

On touche ici à nouveau au principe même de la loi, qui est d'indemniser le paysan pour une prestation d'intérêt public qu'il remplit. Qu'il soit riche ou pauvre, que son conjoint exerce ou non une activité lucrative à l'extérieur de l'exploitation, n'a aucun rapport avec l'objectif poursuivi par cette loi.

En votant comme la majorité de la commission, on introduit des mesures sociales qui ont certainement leur place dans l'ensemble de notre législation, mais pas ici, où nous parlons d'entretien du sol et du paysage. Il est possible qu'à l'avenir un nombre de paysans plus important qu'aujourd'hui feront de l'agriculture une branche annexe de leur activité. Cela ne les empêchera pas de remplir le mandat que leur fixe la Confédération de façon tout à fait satisfaisante. L'état de leur fortune ou de leur revenu n'y changera rien. Si ces mêmes paysans réussissent, à l'intérieur de leur exploitation, grâce à des mesures de rationalisation, à augmenter leur revenu, le risque existe qu'ils se voient privés de l'indemnisation prévue par cette loi. C'est profondément injuste, c'est propre à décourager tout dynamisme des agriculteurs, c'est les condamner à s'obliger à rester pauvres pour ne pas perdre le droit aux paiements directs. Certains n'hésiteront pas à diviser leur exploitation, dans le but de diviser leur revenu, ce qui va dans le sens contraire à l'évolution souhaitable des structures.

Comme le soulignait M. Reymond, au Conseil des Etats, l'un des objectifs poursuivis dans toute notre législation est le respect du principe «à travail égal, salaire égal». Il n'y a pas de raison particulière de s'en écarter dans ce cas-ci. Imaginerait-on, par exemple, que l'échelle des salaires des fonctionnaires de la Confédération soit déterminée en fonction de l'état de fortune ou de revenu familial de la personne concernée?

C'est tout à fait inconcevable et c'est pour cela que la minorité II vous prie d'en rester à l'esprit dans lequel a été élaborée cette loi, et de supprimer la disposition concernant les limites de revenu et de fortune.

Bühler Simeon, Sprecher der Minderheit III: Es gibt in unserem Lande einige wenige – ich betone: einige wenige – Gebiete, bei denen die Besiedlung allein von der bäuerlichen Bevölkerung abhängt. Es sind dies jene Talschaften, in denen weder Tourismus noch Gewerbe noch Industrie vorhanden sind. Ich bin der Ansicht, dass diese Gebiete nicht vernachlässigt werden sollten. Ich bin auch der Meinung, dass nicht jedes letzte Tal touristisch gefördert werden kann, sondern dass auch noch einige wenige Gebiete in unserem Lande in ihrer ursprünglichen Siedlungs- und Bewirtschaftungsstruktur erhalten werden sollten. Wenn diese Täler lebensfähig bleiben sollen, braucht es dazu aber eine genügend grosse oder anders gesagt eine minimale Bevölkerungszahl. Ich betone: In den Genuss von zusätzlichen Beiträgen sollen aber nicht etwa alle dünnbesiedelten Gebiete unseres Landes kommen, sondern wirklich nur jene, in welchen die Besiedlung effektiv bedroht ist. Es kann sich daher nicht um viele Gebiete, sondern nur um einige wenige handeln.

Darum beantrage ich Ihnen, dem Bundesrat eine Möglichkeit zu geben, in diesen wenigen Fällen einen zusätzlichen Beitrag – einen Beitrag über die Arbeitskraft oder der Einfachheit halber vielleicht besser über einen erhöhten Sockelbeitrag – auszurichten.

Wenn Ihnen daran gelegen ist, die Talschaften in ihrer heutigen und ursprünglichen Form zu erhalten, müssen Sie dem Antrag der Minderheit III zustimmen. Ich hoffe sehr, dass Sie das tun.

Hari: Ich beantrage Ihnen, in Artikel 31a Absatz 3 den Buchstaben d nach Mehrheit bzw. den Buchstaben c nach Bundesrat zu streichen. Bevor ich begründe, lege ich meine Interessenbindungen dar: Ich habe keine Interessenbindungen; ich bin zwar Bergbauer, aber nicht Subventionsbezüger.

Warum wende ich mich gegen diese Altersbeschränkung?

1. Ich bin überzeugt, dass ein Gesetz nicht mit unwirksamen Nebensächlichkeiten belastet werden sollte.

2. Sachlich sieht es so aus, dass nicht jeder Bauer in der glücklichen Lage ist, seinen Betrieb rechtzeitig einem geeigneten Nachfolger zu übergeben. Also muss er seinen Betrieb über die AHV-Grenze hinaus bewirtschaften. Dies führt in der Regel zu markant höheren Kosten, da naturgemäss die Kräfte im Alter nachlassen. Ich erwähne zwei Beispiele:

1. Eine Bauernfamilie hat keinen Sohn als Nachfolger, aber ein Grosskind, also zum Beispiel den Sohn einer Tochter, der den Hof übernehmen will und mitten in der Ausbildung steht. Ist es dann gerecht, wenn man diesem Betrieb durch eine allfällige Altersbegrenzung wertvolle Direktzahlungen entzieht?

2. Ein Bauer, der spät geheiratet hat, hat einen Sohn, der noch in der Ausbildung steht. Auch da will man die Direktzahlungen entziehen, wenn der Vater ins Alter kommt. Wir haben sogar hier im Saal ein Beispiel: Kollege Theo Schnider möge entschuldigen dass ich ihn erwähne; aber er wird, wenn alles rund läuft, seine Liegenschaften und seine prächtigen Alpweiden dereinst seinem Sohn übergeben wollen, der heute etwa 6 Jahre alt ist.

Ich weiss, dass man diesen Satz betreffend Altersbegrenzung hineingenommen hat, um hie und da einen älteren Bauern dazu zu zwingen, seinen Betrieb endlich zu übergeben. Der Erfolg dieser Massnahme wird jedoch sehr gering sein, die negativen Folgen aber gross.

Ich ersuche Sie, meinem Antrag auf Streichung von Artikel 31a Absatz 3 Buchstabe d zuzustimmen.

M. Perey: Au nom du Parti radical, je vous invite à voter la minorité II (Gros Jean-Michel). En effet, la majorité de la commission veut introduire des limites de revenu et de fortune. Pour les mêmes raisons que j'ai évoquées tout à l'heure, ce serait une très grande injustice de vouloir pénaliser ceux qui font le travail pour la collectivité d'une façon aussi convenable que d'autres et ne payer que les petites exploitations ou celles qui sont endettées. Ce serait pousser les gens à faire des dettes. Il y en a même déjà qui en font pour engager de l'argent à l'étranger, ce qui leur permet de toucher des subventions. Il faut éviter de telles situations. Ces compensations sont faites pour ceux qui font un travail pour l'agriculture. Il n'y a surtout aucune raison de vouloir mettre des limites de revenu et aucune raison de vouloir favoriser ceux qui gèrent mal leur domaine ou qui ont des dettes ou des revenus moins grands.

Concernant la minorité III de M. Bühler, elle est certes bien sympathique mais inutile. Comme nous l'avons vu tout à l'heure pour la proposition Berger et la proposition Bundi, l'alinéa 2 donne au Conseil fédéral la possibilité de régler tous ces problèmes. Il est donc inutile de surcharger la loi, surtout la loi agricole, alors que ces problèmes touchent davantage au domaine social.

Rutishauser: Die grosse Mehrheit der SVP-Fraktion hat sich aus grundsätzlichen Ueberlegungen gegen Vermögens- und Einkommensgrenzen ausgesprochen. Mit Direktzahlungen werden erbrachte Leistungen abgegolten. Die gemeinwirtschaftlichen Leistungen werden unabhängig von der Vermögens- und Einkommenslage erbracht. Direktzahlungen sind keine Sozialmassnahmen. Nirgends in der Wirtschaft werden Leistungsabgeltungen durch Vermögens- und Einkommensgrenzen limitiert. Tüchtige Bauern, die einen zusätzlichen Nebenerwerb ausüben, sollen nicht bestraft werden. Wenn die Lebenspartnerin einen anderen Beruf ausübt, sollten diese Paare nicht zum Konkubinat gezwungen werden. Vermögens- und Einkommensgrenzen können durch Betriebsaufteilungen umgangen werden. Die Gefahr, dass Hobbybauern und Vollberufstätige zusätzliche, unnötige Direktzahlungen kassieren, kann gebannt werden, indem der Bundesrat – wie beschlossen – Kriterien festlegen kann.

Ich bitte Sie im Namen der SVP-Fraktion, Buchstabe b zu streichen.

Unsere Fraktion unterstützt auch die Minderheit III (Bühler Simeon) bei Buchstabe e. Die Ziele unserer Agrarpolitik sind im 7. Landwirtschaftsbericht festgeschrieben. Unter den Aufgaben steht u. a., es sein ein Beitrag zum wirtschaftlichen und kulturellen Leben im ländlichen Raum zu leisten. Früher sagte man «Beitrag zur dezentralisierten Besiedelung». Wenn die Bauern ein abgelegenes Tal verlassen, verschwindet auch das wirtschaftliche und kulturelle Leben in diesem ländlichen Raum, das heisst, es findet eine Entvölkerung statt. Ich denke da ganz besonders an das obere Bedrettal im Tessin oder an das Safiental im Kanton Graubünden. Es ist eine nationale Aufgabe, diese Gebiete zu erhalten; diese kann den Kantonen nicht zugemutet werden. Gezielte Mitteleinsätze zugunsten von stark bedrohten Gebieten lohnen sich. Unterstützen Sie bitte die Minderheit III!

Hämmerle: Ich spreche ebenfalls zu Artikel 31a Absatz 3 Buchstabe b (Einkommens- und Vermögensgrenzen). Ich erinnere Sie zunächst daran, dass wir unter Artikel 31a Absatz 1 beschlossen haben, die Direktzahlungen würden «zur Sicherung eines angemessenen Einkommens» ausgerichtet und nicht für das Erbringen einer Leistung. Anders ist es bei Artikel 31b, wo eine besondere ökologische Leistung abgegolten werden soll. Es handelt sich also hier nicht um irgendwelche Löhne, die ausgerichtet werden.

Es ist, so betrachtet, schon von der Logik des Gesetzes her zwingend, Einkommens- und Vermögensgrenzen festzulegen. Denn wer schon über ein angemessenes Einkommen verfügt, dem muss und kann der Staat nicht «zur Sicherung eines angemessenen Einkommens» nochmals Zahlungen ausrichten. Das widerspricht der Logik und dem Sinn dieses Gesetzes.

Die Fassung der Kommissionsmehrheit löst nebenbei auch noch ein anderes, heikles Problem: die Abgrenzung zwischen Nebenerwerbs- und sogenannten Hobbybetrieben. Es macht doch keinen Sinn, einen Anwalt oder einen Zahnarzt mit einem Einkommen von vielleicht 200 000 Franken für seine 70 Schafe, die er nebenbei betreut, und die paar Hektaren, die er bewirtschaftet, mit Direktzahlungen zu belohnen. Hingegen ist es nach unserer Auffassung richtig, wenn der Hilfsarbeiter mit einem Einkommen von 25 000 Franken für eine bäuerliche Tätigkeit in der gleichen Grössenordnung Anspruch auf Direktzahlungen hat.

Hinzu kommt noch ein Letztes: Wie wollen Sie z. B. einer Verkäuferin, die sehr wenig verdient, oder einem Handlanger, der Ende Monat nicht weiss, wie er die Rechnungen bezahlen soll, erklären, dass ein gutbetuchter Bauer unter Umständen vom Staat Direktzahlungen bekommt, ohne dass er etwas Besonderes leistet? Der Hilfsarbeiter und die Verkäuferin bekommen nämlich keine Direktzahlungen. Was ist der Grund dafür, dass bei den wichtigsten bestehenden Direktzahlungen (Kostenbeiträge und Tierhalterbeiträge) Einkommens- und Vermögensgrenzen bestehen und selbstverständlich beibehalten werden sollen, dass aber für die neuen, viel höheren Direktzahlungen solche Grenzen wegfallen sollen?

Ich bitte Sie im Namen der SP-Fraktion dringend, der Kommissionsmehrheit zuzustimmen und den Antrag der Minderheit II abzulehnen.

M. Ruffy: Je vous invite à apporter votre appui à la proposition de la minorité III (Bühler Simeon), en ce qui concerne la lettre e, pour les raisons suivantes.

Ce qui m'a semblé ressortir des débats hier et surtout des propos de M. le président de la commission, du rapporteur de langue française et de vous-même, Monsieur le Conseiller fédéral, c'est que nous nous engageons en direction d'une dérégulation mais que nous souhaitons, en quelque sorte, un peu la contrôler. Dans la proposition de la minorité III, il y a justement cette volonté de contrôler les effets de cette dérégulation qui pourrait être désastreuse dans certaines régions – peu nombreuses, comme il l'a dit – qui jouent encore un rôle important à plusieurs égards. Ces effets sont désastreux parce que, effectivement, lorsque les agriculteurs quittent les ré-

gions marginales – souvent synonymes des régions élevées – il est évident que l'agriculture et sa multifonctionnalité disparaissent avec eux et que les dangers naturels augmentent pour ces régions mais aussi pour celles qui se trouvent en aval. Il est évident aussi que le paysage se dégrade. Mais, beaucoup plus grave encore, lorsque les agriculteurs quittent ces régions, ils entraînent avec eux la disparition des activités de service dont ils avaient besoin et ils cessent d'entretenir une infrastructure utilisée par eux mais aussi par les citadins lorsqu'ils montent dans ces régions le week-end ou durant leurs vacances. Finalement, on l'a dit, ces agriculteurs ne maîtrisent plus ces espaces qui cessent d'être humanisés.

La proposition de la minorité III (Bühler Simeon) revêt à nos yeux – aux miens et à ceux du groupe socialiste – deux aspects positifs: le premier c'est que le monde agricole – à juste titre inquiet – interprétera cette proposition, si elle est adoptée, comme la reconnaissance des aspirations légitimes – non pas d'un droit mais des aspirations légitimes – à la population de petites communautés agricoles de pouvoir rester dans l'espace qu'elles ont cultivé de génération en génération, qu'elles ont maîtrisé et de ne pas souffrir l'exode forcé pour des raisons économiques. Autre aspect positif: dans notre opinion publique, il y a le désir d'échapper à ce que vivent les pays qui sont autour de nous; c'est le spectacle désolant des friches sauvages et celui des villages abandonnés. Nous n'en voulons pas, c'est la raison pour laquelle je vous prie de suivre la proposition de la minorité III.

Binder: Zuerst ein Wort zu Herrn Hämmerle. Hätten Sie der Minderheit II in Artikel 31a Absatz 1 zugestimmt, kämen der Anwalt, der Zahnarzt, der Arzt nicht in den Genuss solcher Leistungen, weil nur der Landwirt Bezüger wäre. Sie haben das nicht gewollt. Im übrigen ist es richtig, dass Artikel 31a einkommensausgleichend angelegt ist. Aber auch gemeinwirtschaftliche Leistungen, die wir früher schon erbrachten und die wir heute aufgrund der heutigen Gesetzgebung erbringen, sind darin abzugelten. Die Botschaft sagt das auf Seite 11 ganz klar: «Ergänzende, allgemeine und nicht produktbezogene Direktzahlungen mit primär einkommenspolitischer Zielsetzung (Art. 31a) zur Ergänzung einer mehr marktwirtschaftlich orientierten Preispolitik» – das ist das, was Sie gesagt haben – «sowie zur Abgeltung gemeinwirtschaftlicher Leistungen» Ich bin der Meinung, gemeinwirtschaftliche Leistungen haben wir schon immer erbracht. Wir haben sie allerdings nie verrechnet. Man hat uns im Wahlkampf im Herbst 1991 immer gesagt – auch von sozialdemokratischer Seite –: Ihr müsst diese Leistungen endlich verrechnen. Heute stehen wir da und wollen sie verrechnen. Ich habe Ihnen gestern gesagt: Die Schweizer Bauernschaft erwartet eine Antwort in diese Richtung.

Zu Artikel 31a Absatz 3 Buchstabe b: Die Kommissionsmehrheit will hier Einkommens- und Vermögensgrenzen als einschränkende Massnahme verankern. Die Kommissionsminderheit II (Gros Jean-Michel) und gleichzeitig auch eine Mehrheit der SVP-Fraktion lehnen diesen Antrag ab. Nach ihnen ist Buchstabe b der Kommissionsmehrheit zu streichen. So wird Buchstabe c zu Buchstabe b und korrespondiert mit Buchstabe b nach der Version Bundesrat (Mindest- und Höchstgrenzen). Das ist ein wenig verwirrend, auch auf der Fahne.

Die Festsetzung von Einkommens- und Vermögensgrenzen widerspricht dem Leistungsprinzip der Direktzahlungen. Gemeinwirtschaftliche oder multifunktionale Leistungen werden unabhängig von Einkommen und Vermögen erbracht. Hat ein Landwirt durch Landverkauf Vermögen gemacht, bewirtschaftet aber weiterhin seinen Hof, so wird er bestraft, indem er keine Direktzahlungen erhält, obwohl er auch unter diesen Umständen gemeinwirtschaftliche Leistungen erbringt. Nun soll niemand in diesem Saal sagen, er hätte nicht verkaufen müssen. Heute werden Besitzer von Baulandparzellen, die sie nicht verkaufen, sondern horten, als Baulandhorter verschrien. Keinem Staatsangestellten kürzt man den Lohn, den er vom Staat bekommt, nur weil er vielleicht eine vermögende Frau geheiratet hat (oder umgekehrt). Warum beim Bauern? Heute sind wir in der Landwirtschaft bestrebt, Produktionskosten zu senken. Dazu gehört unter vielen Massnahmen auch

die Förderung von Betriebsgemeinschaften, von Betriebszweiggemeinschaften. Dies führt zu grösseren, vernünftigeren Strukturen, die auch kostengünstiger produzieren und genutzt werden können. Solche Betriebe werden gefährdet. Einer – an sich gesunden – Entwicklung wird ein Prellbock gestellt. Resultat wird sein, dass es wieder zu Trennungen kommt; das wollen wir nicht. Es kommt weiter dazu, dass sich die Bauern, die solche Grenzen erreichen, sich sicher zu helfen wissen. Das kann ich Ihnen sagen.

Wenn Sie heute ein klares Gesetz schaffen wollen und nicht eines, das zum Umgehen geradezu einlädt, ja sogar zwingt, dann müssen Sie heute zu diesem Punkt (Buchstabe b gemäss Fassung der Kommissionsmehrheit) nein sagen und der Minderheit II zustimmen.

David: Die CVP-Fraktion ist bei Buchstabe b betreffend die Einkommensgrenzen geteilter Meinung: Auf der einen Seite ist es klar, dass man hier den bäuerlichen Betrieben im Grundsatz das Einkommen sichern will. Es geht nicht darum, grosse Teile der Landwirtschaft mit einem solchen Artikel von den Direktzahlungen auszunehmen; das will die CVP nicht. Andererseits muss man sich im klaren sein, dass die gesamte Vorlage auch dem Volk verständlich gemacht werden muss, und da stellt sich die Frage: Was bedeutet ein «angemessenes Einkommen», wie dies in Artikel 31a Absatz 1 formuliert ist? Gesichert werden soll ein angemessenes Einkommen. Aus dem Absatz 1 geht indirekt hervor, dass Einkommensgrenzen festgesetzt werden müssen, denn es kann nicht darum gehen, ein unangemessenes Einkommen zu sichern. Ich betrachte Absatz 1 als Verpflichtung des Bundesrates, Grenzen zu setzen. Die Frage ist nur, ob wir das im Gesetz noch klar festschreiben müssen.

Persönlich möchte ich – wegen der Klarheit und weil die Frage offenbar umstritten ist – der Landwirtschaft empfehlen, zu akzeptieren, dass eine Einkommensgrenze festgesetzt wird. Sie müssen sich vorstellen: Wenn Landwirte ein Einkommen erzielen, das die Grenze von 100 000 Franken überschreitet, und dann noch Direktzahlungen anfallen, wird das für die Landwirtschaft ein Pferdefuss sein. Diese Fälle sind es, die man Ihnen vorhalten wird und wo es heissen wird: Wer muss das eigentlich bezahlen? Es sind nicht nur die Leute aus der Stadt, die so argumentieren, sondern auch der Nachbar im Dorf, der Handwerker, der Ladenbesitzer, alle Leute, die zuschauen, wie mit hohen Einkommen immer noch zusätzliche Leistungen bezogen werden können. Ich glaube darum, dass es bei nüchterner Betrachtungsweise sinnvoll ist, klarzustellen, dass man nur ein angemessenes Einkommen sichern will und nicht unangemessene Einkommen.

Die beiden anderen Anträge sind in der CVP nicht im Detail behandelt worden, insbesondere der Antrag Hari nicht. Ich finde, dass der Antrag Hari, der auf Streichung der Altersgrenze abzielt, einen Schritt zurück macht. Wir wollen ja bäuerliche Familienbetriebe; wir wollen, dass der Generationenwechsel in der Landwirtschaft stattfindet. Insofern hat es einen Sinn, irgendwo eine Altersgrenze zu setzen. Das können auch 70 Jahre sein; es müssen nicht 65 Jahre sein. Ich zweifle aber, ob es richtig ist, dass man Landwirten, die 85 oder 90 Jahre alt sind, diese Beiträge immer noch auszahlt. Ab 65 tritt die AHV-Berechtigung ein. Es wäre richtig, wenn dann der Betrieb der jüngeren Generation übergeben würde.

Schliesslich zum Minderheitsantrag III (Bühler Simeon) betreffend die Besiedlungspolitik. Er bringt ein zusätzliches Element, ist aber mit einer Kann-Vorschrift verbunden. Ich persönlich kann dem zustimmen. In der CVP-Fraktion haben wir das nicht im Detail beraten. Wir müssen nur aufpassen, dass wir nicht zu viele Kriterien schaffen und bei den Direktzahlungen, die auch nicht so grosse Beträge ausmachen, für die einzelne Position nichts mehr übrigbleibt. Als Kann-Vorschrift kann dem Minderheitsantrag III (Bühler Simeon) zugestimmt werden.

Ich ersuche Sie jedoch im Namen der CVP, in diesem Sinne abzustimmen.

Baumann: Ich spreche zur Minderheit II (Gros Jean-Michel). Herr Gros will, dass keine Einkommens- und Vermögensgrenzen mehr festgelegt werden. Es muss hier Klartext gespro-

chen werden: Herr Gros will neu Direktzahlungen ohne Einkommens- und Vermögensgrenzen einführen. Ich sage es jetzt bewusst pointiert: Er will neu Direktzahlungen für Millionäre einführen; so muss man es sagen. Das ist, Herr Gros, ein sehr gefährlicher Pfad. Wenn wir ihn gehen wollen, riskieren wir ganz sicher, dass wir schlussendlich Schiffbruch erleiden. Die heutigen Direktzahlungen werden nur bis zu einer gewissen Einkommens- und Vermögensgrenze ausbezahlt. Alle Direktzahlungen im Berggebiet kennen diese Einkommens- und Vermögensgrenzen. Sie wurden vom Bundesrat festgelegt: die Einkommensgrenze beträgt immerhin – nicht bescheiden – 100 000 Franken, die Vermögensgrenze 800 000 Franken, und das nach der Bundessteuererklärung. Alle Betriebe, die also unterhalb dieser Einkommens- oder Vermögensgrenze liegen, werden auch künftig nach der Mehrheitsformulierung die Direktzahlungen erhalten. Es gibt nur wenige Betriebe, die heute wegen dieser Einkommens- und Vermögensgrenzen ausgeschlossen werden, schätzungsweise 2 Prozent. Wollen wir wirklich riskieren, einen Scherbenhaufen zu produzieren, nur um an 2 Prozent der Betriebe zusätzliche Direktzahlungen auszahlen zu können? 98 Prozent der Betriebe bekommen die Beiträge auch unter der Mehrheitsformulierung. Genau die verbleibenden 2 Prozent würden schliesslich gute Massnahmen in der Landwirtschaft in Verruf bringen. Ich sehe bereits die Schlagzeilen: «Direktzahlungen für Millionäre».

Wollen Sie, Herr Gros, dass eine Vielzahl unterdurchschnittlich verdienender Steuerzahler einigen wenigen gutverdienenden Grossbauern unter die Arme greift? Ist das Liberalisierung, Herr Gros? Das kann nicht gut herauskommen.

Ich bitte Sie im Namen der einstimmigen grünen Fraktion, die Mehrheit der Kommission zu unterstützen.

Zum Antrag Hari: Auch wir müssen den Antrag Hari ablehnen. Wir gehen davon aus, dass es richtig ist, dass ein Betriebsleiter, der AHV bezieht, nicht zusätzlich noch Direktzahlungen beanspruchen soll. Diesen Strukturwandel hin zu jüngeren Betriebsleitern können wir nur begrüssen. Wir beantragen Ihnen, den Antrag Hari abzulehnen.

Die Minderheit III (Bühler Simeon), mit einer Kann-Formulierung, will eine zusätzliche Begünstigung des Berggebietes. Wir sind der Meinung, dass man dieser Minderheit III zustimmen könnte.

Kühne, Berichterstatter: Die Kommission hat die zwingende Formulierung eingeführt, dass der Bundesrat bei Buchstabe a «abstuft», dass er bei Buchstabe b Vermögens- und Einkommensgrenzen und bei Buchstabe c Mindest- und Höchstgrenzen «festlegt». Die Kann-Formulierung besteht lediglich bei der Einführung der Altersgrenzen.

Nun ist ein eigentlicher Glaubenskrieg um die Fragen der Einkommens- und Vermögensgrenzen (Bst. b) entstanden. Die Argumente sind auf den Tisch gelegt worden; die Kommissionmehrheit hat jenen grösseres Gewicht beigemessen, wonach es nicht richtig sei, wenn schon ein angemessenes Einkommen vorhanden sei, noch Direktzahlungen zuzusprechen. Das Geld soll also jenen reserviert sein, die noch kein angemessenes Einkommen haben.

Persönlich bin ich in diesem Punkt bei der Minderheit II. Ich unterstütze mit meiner Stimme die Argumente, die darauf hindeuten, dass es um ein Familieneinkommen geht. Es handelt sich also nicht um das Einkommen einer Einzelperson, sondern einer Familie, und nicht um die Grossbauern; in Zukunft werden es noch weniger die Grossbauern sein. Sie kennen die neuesten Einkommensentwicklungen, namentlich auf dem Gebiet des Fleisches und des Getreides. Das Problem stellt sich vor allem beim Zuerwerb des Ehepartners.

Ich bitte Sie daher als Kommissionssprecher, der Mehrheit zuzustimmen. Persönlich werde ich bei Buchstabe b der Minderheit II und bei Buchstabe e der Minderheit III zustimmen.

M. Couchepin, rapporteur: Ce problème est aussi un problème de logique: doit-on introduire dans ces dispositions des limites qui ne ressortissent pas directement au problème posé, qui est celui du travail de la terre et de la prestation que

cela représente, et qui est indemnisé par les paiements directs?

La commission a voulu y ajouter des éléments qui ne sont pas directement en rapport avec l'agriculture, avec le travail de la terre, avec la prestation effectuée, en l'occurrence des limites liées à la fortune et au revenu – d'une certaine manière, c'est une lex anti-Blocher – ainsi qu'une limite d'âge, ce que le Conseil fédéral avait voulu pour les bénéficiaires. C'est à vous de juger en fonction de vos critères qualitatifs de justice sociale ou, au contraire, de la logique, qui n'appelle pas ces limitations. Dans ce cas-là, il faudrait voter la proposition de la minorité II (Gros Jean-Michel). C'est à vous de juger si ces limites doivent être introduites ou non, tout en sachant que le Conseil fédéral devra déterminer les limites de fortune et de revenu, qu'il pourra fixer suffisamment haut pour que ce cri du coeur et de la justice sociale qui semble s'exprimer ici n'ait pas d'influence pratique.

La minorité III (Bühler Simeon) voudrait elle aussi introduire des éléments qui tiennent un peu à l'aménagement du territoire, si j'ai compris l'intervention de M. Ruffy, en particulier. Je ne pense pas que cela soit le lieu de le faire, car si on additionne déjà toutes les contraintes imposées pour une répartition des fonds, on va finir par avoir un système impraticable. C'est la raison pour laquelle, même si sur le fond M. Bühler a probablement raison, ce n'est pas le lieu d'introduire cette disposition; c'est dans d'autres lois qu'il faut le faire.

Quant à M. Hari, il souhaite que l'on renonce à la limitation d'âge. Je trouve que cela a aussi une certaine logique, bien que la majorité de la commission veuille maintenir cette règle, parce qu'il est possible que dans certains cas on ne trouve plus d'agriculteurs qui consentent à reprendre le domaine. Pourquoi priver, à ce moment-là, l'exploitant des bénéfices des paiements directs simplement parce qu'il a dépassé un âge fatidique? Cela entre dans la même logique que la limite de fortune et de revenu et, d'une certaine manière, le Conseil fédéral manque un peu de logique en voulant introduire une limite d'âge sans introduire une limite de revenu et de fortune. La solution de la majorité, elle au moins, est logique en ajoutant ces exigences supplémentaires.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: En ce qui concerne le principe de l'article 31a, j'aimerais rappeler aux auteurs de propositions tendant à introduire des limites de fortune et de revenu, c'est-à-dire à la majorité de la commission, que ce que nous cherchons à faire à l'article 31a, c'est donner une compensation au moins partielle aux paysans qui, désormais, devront se satisfaire de prix de marché pour leurs produits, par conséquent, de prix moins élevés que ceux administrés dont ils ont bénéficié jusqu'à maintenant. Que je sache, lorsque le consommateur payait trois francs la marchandise sur le marché, il ne s'interrogeait pas quant à la fortune du producteur de tomates; il ne savait pas si la tomate dans le cageot était produite par un millionnaire ou si celle dans le cageot d'à côté était produite par un pauvre diable. Or, si nous voulons remplacer les prix artificiellement élevés que préconisait l'ancienne politique agricole par le «new look» des paiements directs, il n'y a aucune raison logique d'assujettir à la condition sociale l'octroi des paiements directs de remplacement. C'est bien la règle qu'a suivie le Conseil fédéral, qui ne proposait pas la lettre b, introduite par la majorité de la commission. Je regrette de le dire, c'est un corps étranger dans la loi que vous êtes en train de construire, Mesdames et Messieurs les Parlementaires. Je vous invite à suivre la minorité II (Gros Jean-Michel) et de biffer la lettre b dans la version de la majorité.

Dans la droite logique de ce que je viens de dire, je devrais applaudir à l'intervention de M. Hari. En effet, si les considérations sociales n'ont pas leur place dans cette loi, et en tout cas pas dans cet article, alors pourquoi le Conseil fédéral veut-il fixer une limite d'âge pour les bénéficiaires? Donc, du strict point de vue de la logique, nous n'aurions pas dû prévoir cette ligne dans notre alinéa et, originellement, on aurait dû avoir un alinéa a et un alinéa c en tout et pour tout. Si, Monsieur Hari, contrairement à la logique pure, nous avons cependant fixé cette lettre d, c'était pour tenter de faciliter le mouvement de remise des exploitations, pour permettre cette souplesse que

nous souhaitons d'une manière générale et qui peut être accélérée lorsque l'on énonce des limites d'âge pour les bénéficiaires. C'est uniquement cela que nous avons pris en compte. Je pourrais très bien vivre si c'est votre proposition qui l'emporte et que la lettre d soit supprimée, mais, à mon avis, on peut la garder. Je peux vous dire très clairement que la limite que fixerait le Conseil fédéral si la lettre d était maintenue ne sera pas la limite de l'AVS. Ce sera une limite supérieure et peut-être simplement supérieure. Ce n'est pas à 65 ans que le Conseil fédéral coupera les vivres. Ce sera certainement à une limite beaucoup plus élevée dans le temps. De plus, j'observe que si le versement de l'AVS peut prendre le relais de ceux des paiements directs qui deviendraient défaillants, la porte restera toujours ouverte pour l'examen des cas de rigueur. La lettre d n'a donc pas une valeur dramatique et absolue, elle indique davantage une intention et une volonté de ne pas frapper les anciens, car ils sont souvent plus efficaces que les moins anciens.

Enfin, la minorité III, conduite par M. Bühler Simeon, veut prendre en compte, sous lettre e, les régions qui courent le risque d'être abandonnées. A charger, à surcharger et à sur-surcharger le catalogue de ce qu'il faudra envisager prendre en compte pour moduler les paiements directs, on aura autant de formes de paiements directs dans les règlements qu'il y aura de bénéficiaires.

En réalité, cette loi ne permet que très partiellement de parvenir à la notion très intéressante de maintenir une population dans lesdites régions. On y parvient davantage par le biais d'autres instruments: la LIM (loi pour l'investissement en régions de montagne) en particulier. C'est donc plutôt dans cette direction qu'il faut se diriger.

La lettre e de l'alinéa 3 me paraît dès lors superflue, d'autant plus que son contenu figure indirectement sous la lettre a du même alinéa, et cela est suffisant.

Präsident: Auch hier, bei Absatz 3 von Artikel 31a, entfällt der Antrag der Minderheit I (Baumann).

Bst. a – Let. a
Angenommen – Adopté

Bst. b – Let. b

Namentliche Abstimmung – Vote par appel nominal

Für den Antrag der Mehrheit stimmen die folgenden Ratsmitglieder:

Votent pour la proposition de la majorité:

Aguet, Bär, Baumann, Bäumlín, Bircher Peter, Bircher Silvio, Bischof, Blatter, Bodenmann, Bonny, Borel François, Borradori, Brunner Christiane, Bühler Simeon, Bühlmann, Bürgi, Carobbio, Caspar, Cincera, Columberg, Comby, Danuser, de Dardel, David, Dettling, Diener, Dormann, Dünki, Duvoisin, Eggenberger, Fankhauser, Fasel, von Felten, Gardiol, Giger, Goll, Gonseth, Grendelmeier, Gross Andreas, Grossenbacher, Haering Binder, Hafner Rudolf, Hafner Ursula, Hammerle, Heberlein, Hegetschweiler, Hess Peter, Hollenstein, Hubacher, Iten Joseph, Jaeger, Jäggi Paul, Jeanprêtre, Jöri, Keller Anton, Keller Rudolf, Ledergerber, Leemann, Leuenberger Ernst, Maeder, Maspoli, Mauch Rolf, Mauch Ursula, Meier Hans, Meier Samuel, Meyer Theo, Miesch, Misteli, Nabholz, Rebeaud, Rechsteiner, Ruf, Ruffy, Scherrer Werner, Schmid Peter, Schmied Walter, Schwab, Seiler Rolf, Spielmann, Stalder, Steffen, Steiger, Steinegger, Strahm Rudolf, Suter, Thür, Tschäppät Alexander, Tschopp, Vollmer, Wanner, Weder Hansjürg, Wittenwiler, Ziegler Jean, Zisyadis, Züger, Zwygart (96)

Für den Antrag der Minderheit II stimmen die folgenden Ratsmitglieder:

Votent pour la proposition de la minorité II:

Allenspach, Aubry, Baumberger, Berger, Bezzola, Binder, Blocher, Borer Roland, Bortoluzzi, Brügger Cyrill, Camponovo, Chevallaz, Couchepin, Daepf, Darbellay, Deiss, Dreher, Duret, Eggly, Engler, Epiney, Etique, Fehr, Fischer-Hägglingen,

Fischer-Seengen, Fischer-Sursee, Frey Walter, Friderici Charles, Fritsch Oscar, Früh, Giezendanner, Gobet, Gros Jean-Michel, Guinand, Hari, Hess Otto, Hildbrand, Kern, Kühne, Leu Josef, Leuba, Loeb François, Maurer, Moser, Müller, Narbel, Neuenschwander, Oehler, Perey, Philipona, Pidoux, Poncet, Raggenbass, Reimann Maximilian, Rohrbasser, Ruckstuhl, Rutishauser, Sandoz, Savary, Scherrer Jürg, Scheurer Rémy, Schnider, Seiler Hanspeter, Stamm Luzi, Steinemann, Stucky, Theubet, Tschuppert Karl, Vetterli, Zölich, Zwahlen (71)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:
Sieber, Stamm Judith (2)

Abwesend sind die folgenden Ratsmitglieder – Sont absents:
Aregger, Béguelin, Bühler Gerold, Bundi, Caccia, Cavadini Adriano, Cotti, Eymann Christoph, Frey Claude, Gysin, Haller, Herczog, Jenni Peter, Leuenberger Moritz, Luder, Maître, Mamié, Marti Werner, Matthey, Mühlemann, Nebiker, Pini, Robert, Rychen, Scheidegger, Segmüller, Spoerry, Wick, Wiederkehr, Wyss (30)

Präsident Schmidhalter stimmt nicht
M. Schmidhalter, président, ne vote pas

Bst. c – Let. c
Angenommen – Adopté

Bst. d – Let. d

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der Mehrheit 83 Stimmen
Für den Antrag Hari 39 Stimmen

Bst. e – Let. e

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der Minderheit III 84 Stimmen
Für den Antrag der Mehrheit 44 Stimmen

Art. 31a (neu) Abs. 4

Antrag der Kommission

Mehrheit

Einleitung, Bst. a–c

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Bst. d (neu)

d. ausreichend ökologische Ausgleichsflächen sichern;

Bst. e (neu)

e. einen hohen Bodenbedeckungsgrad mittels Unter- und Zwischensaatens sichern.

Bst. f (neu)

Ablehnung des Antrages der Minderheit III

Minderheit I

(Hammerle, Baumann, Bodenmann, Danuser, David, Jaeger, Ledergerber, Mauch Rolf, Strahm Rudolf)

Bst. a

a. den Kreis der Bezüger auf bodenbewirtschaftende bäuerliche Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe zu beschränken.

Minderheit II

(Binder, Gobet, Gros Jean-Michel, Kühne, Nebiker, Perey, Schwab, Theubet)

Bst. d (neu)

Streichen

Minderheit III

(Mauch Rolf, Baumann, Bodenmann, Danuser, David, Hammerle, Jaeger, Ledergerber, Strahm Rudolf, Thür)

Bst. f (neu)

f. eine ausgeglichene Düngebilanz, die Wahl einer geregelten Fruchtfolge, eines hohen Bodenbedeckungsgrades und geeigneter Haltungsformen für Nutztiere sicherstellen.

Antrag Binder

Bst. e (neu)

Streichen

Antrag Wanner**Bst. a**

a. den Kreis der Bezüger auf bodenbewirtschaftende bäuerliche Betriebe beschränken. Ausnahmen sind nur zulässig, wenn sie im übergeordneten, öffentlichen Interesse liegen;

Bst. f (neu)

f. nach einer Uebergangsfrist eine ausgeglichene Düngebilanz und eine geregelte Fruchtfolge sicherstellen.

Art. 31a (nouveau) al. 4**Proposition de la commission****Majorité****Introduction, let. a–c**

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Let. d (nouvelle)

d. assurer des surfaces appropriées de compensation écologique;

Let. e (nouvelle)

e. garantir une couverture du sol d'un degré élevé au moyen de sous-semis et de semis intercalaires.

Let. f (nouvelle)

Rejeter la proposition de la minorité III

Minorité I

(Hämmerle, Baumann, Bodenmann, Danuser, David, Jaeger, Ledergerber, Mauch Rolf, Strahm Rudolf)

Let. a

a. limiter le cercle des bénéficiaires aux exploitations paysannes de type familial cultivant le sol à titre principal et accessoire;

Minorité II

(Binder, Gobet, Gros Jean-Michel, Kühne, Nebiker, Perey, Schwab, Theubet)

Let. d (nouvelle)

Biffer

Minorité III

(Mauch Rolf, Baumann, Bodenmann, Danuser, David, Hämmerle, Jaeger, Ledergerber, Strahm Rudolf, Thür)

Let. f (nouvelle)

f. assurer un bilan de fumure équilibré, le choix d'une rotation des cultures bien réglée, un degré élevé de couverture du sol et des formes de détention appropriées aux animaux de rente.

Proposition Binder**Let. e (nouvelle)**

Biffer

Proposition Wanner**Let. a**

a. limiter le cercle des bénéficiaires aux exploitations paysannes cultivant le sol. Il ne sera accordé de dérogation que si l'intérêt public et supérieur le requiert;

Let. f (nouvelle)

f. assurer, après une période transitoire, un bilan de fumure équilibré et une rotation des cultures bien réglée.

Hämmerle, Sprecher der Minderheit I: Es geht hier um Auflagen und Bedingungen, welche im allgemeinen sehr large formuliert sind. Gemäss Fassung von Ständerat, Bundesrat und Kommissionsmehrheit sollen die Auflagen und Bedingungen «die bodenabhängige Produktion in bäuerlichen Familienbetrieben unterstützen». Diese Formulierung ist schon sprachlich völlig verunglückt: Wie sollen Auflagen und Bedingungen bäuerliche Familienbetriebe unterstützen können? Das hat keine Logik.

Inhaltlich ist dieses sprachliche Unding ebenfalls ungenügend. Unser Minderheitsantrag will klarstellen, dass Direktzahlungen nur an solche bäuerliche Betriebe ausgerichtet werden sollen, welche bodenbewirtschaftend sind. Wir wollen ausschliessen, dass die bodenlose Hors-sol-Produktion oder Mästereien ohne Land auch noch staatlich prämiert werden. An sich ist das, was wir fordern, eine Selbstverständlichkeit. Doch manchmal ist es gut, scheinbare Selbstverständlichkeiten

im Gesetz festzuschreiben. Sonst kann es nämlich leicht passieren, dass sich in der Verordnung die Selbstverständlichkeit in ihr Gegenteil verkehrt.

Weiter stellt unser Minderheitsantrag klar, dass Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe zu berücksichtigen sind, was in Zukunft bei zunehmender Zahl von Nebenerwerbsbetrieben sehr wichtig ist.

Ich bitte Sie, unseren Minderheitsantrag anzunehmen.

Binder, Sprecher der Minderheit II: Artikel 31a ist heute schon häufig definiert worden, ich muss es trotzdem nochmals tun: Es geht hier ganz klar um einkommenspolitisch und gemeinwirtschaftlich motivierte Zahlungen aufgrund der heutigen Gesetzgebung. Ich erinnere an das Tierschutzgesetz und an das Gewässerschutzgesetz, welchem das Volk am 17. Mai dieses Jahres zugestimmt hat. Ich bin der Meinung, dass in Artikel 31a keine solchen weiter gehenden ökologischen Auflagen aufzunehmen sind.

Zu unserem Antrag zu Buchstabe d: Ökologische Ausgleichsflächen pro Betrieb ausscheiden zu wollen ist nach unserer Meinung falsch, auch wenn das zwingend verlangt wird. Eine solche Forderung gehört in Artikel 31b. Es gibt doch Betriebe – wenn Sie die Praxis nur ein wenig kennen, können Sie dies bestätigen –, die diese Forderung sehr gut erfüllen können. Andere aber können das nicht und würden in ihrer Arbeit, in ihrer Arbeitsweise, in ihrer Bewirtschaftung des Betriebes eingeschränkt. Ökologische Ausgleichsflächen sollten regional ausgeschieden werden. Vielfach können sie im vernünftigen Gespräch mit den Landbesitzern, mit den Bauern ausgeschieden werden. Es ist auch so, dass oftmals die Gemeinde Landbesitz für diesen Zweck hergeben kann und dass alte Kiesgruben, auch Moorlandschaften – ich bin der Meinung, sie müssen als ökologische Ausgleichsflächen gelten – hier eingerechnet werden.

Ich bitte Sie, der Minderheit II zuzustimmen und den Buchstaben d zu streichen.

Mauch Rolf, Sprecher der Minderheit III: Bei einer Beurteilung unserer bisherigen Bemühungen um die schweizerische Landwirtschaft ist gesamthaft betrachtet – nach meiner Meinung – der 7. Landwirtschaftsbericht in der ganzen Diskussion und Debatte – in Anbetracht seines Charakters als Grundlage einer epochalen Neuorientierung der Landwirtschaftspolitik, die einer effektiven Totalrevision gleichkommt – eher zu kurz gekommen. Dabei handelt es sich um eine der zentralen, vitalen Fragen der Wirtschaftspolitik, nämlich der Landbewirtschaftung und insbesondere auch der Finanzpolitik unseres Landes. Deshalb ist die hier vielbeschworene Neuausrichtung der Landwirtschaftspolitik auf Gesetzesstufe zu konkretisieren. Ja, man könnte sich sogar fragen, ob mit Blick auf die aussergewöhnlichen finanziellen Auswirkungen und Konsequenzen nicht richtigerweise eine Regelung auf Verfassungsstufe angezeigt wäre; denn es geht um die Festlegung und Formulierung der unbestrittenen massen unumgänglichen Bedingungen und Auflagen neuer staatlicher Leistungen, um ein gegenüber allen früheren Generationen neues Verhalten der landwirtschaftlichen Bevölkerung in unserem Lande.

Ich setze mich grundsätzlich wie auch aus persönlicher und staatspolitischer Überzeugung für die Gesunderhaltung eines schweizerischen Bauernstandes ein, der diesen Namen verdient, auch für die kleinen und kleineren Existenzen; nach meiner Auffassung ist dies eine staatspolitische und menschliche Notwendigkeit.

Die Landwirtschaft insgesamt bildet ja einen Sonderfall der Gesamtwirtschaft und kann daher nicht mit den Gesetzen der übrigen Marktwirtschaft verglichen und ihnen unterstellt werden. Das ist der einzige Grund, weshalb wir in diesem Bereich überhaupt eine staatliche Politik haben, diskutieren und brauchen – eine staatliche Politik mit dem ihr inhärenten Interventionismus und einer Planung, die in Planerei auszumünden pflegt, mit der zusätzlich bekannten komplexen Problematik und dem ganzen Dilemma einer Welt und Umwelt im Umbruch.

Was erwartet nun die breite, nichtbäuerliche Öffentlichkeit konkret von den gegenwärtigen Bemühungen und Umwäl-

zungen, von der Neuausrichtung? Vor allem zwei Faktoren stehen im Vordergrund. Erstens: mehr Markt auch im Agrarbereich. Zweitens: Direktzahlungen wofür?

Ich möchte hier nicht länger ausführen, weshalb eigentlich Direktzahlungen den Leuten gut erscheinen, sondern auf einen Artikel von Prof. Kleinewefers verweisen. Die Bevölkerung erwartet vom Augenblick an, wo Direktzahlungen an die Landwirtschaft ausbezahlt werden, dass keine sinnlose Ueberproduktion mehr stattfinden soll, dass die Intensivierung mit all ihren schädlichen Auswirkungen nicht mehr weitergehen soll. Im Gegenteil, das Stichwort lautet: Extensivierung der Landwirtschaftspolitik. Konkret ist diese Extensivierung wie auch im Vorschlag des Bundesrates an Bedingungen und Auflagen gebunden. «Die Direktzahlungen» – wie es wörtlich heisst – «werden mit Bedingungen und Auflagen verknüpft.» Direktzahlungen ohne klare ökologische Auflagen werden im internationalen Vergleich bereits mittelfristig betrachtet kaum mehr eine Chance haben, als tolerierte Direktzahlungen, gemäss Richtlinien des GATT, anerkannt zu werden. Zudem erwartet eine grosse Mehrheit der Bevölkerung, dass die Landwirtschaft weniger die Menge, dafür den Umwelt-, Natur-, Landschafts- und Tierschutz in den Vordergrund stellt. Ich zitiere auch hier aus dem «Business Council for Sustainable Development», welcher die neue Umweltpolitik definiert hat, wie sie auch für die Landwirtschaft gilt: «Es gibt keine Alternative zur ökologischen Produktion.» Als Richtlinie muss für uns gelten: Die Auflagen, welche gestellt werden, sind Leistungen und entsprechen dem, was eigentlich mit gesundem Menschenverstand unter normaler, sinnvoller und gesetzeskonformer Produktion zu verstehen ist. Ich möchte mich sinngemäss auf Ausführungen von Herrn Prof. Popp vor unserer Kommission stützen, nach denen die vorgeschlagenen Konkretisierungen im Grunde genommen dem Gesamtbild der sogenannten integrierten Produktion entsprechen. Die Auflagen garantieren aber trotzdem eine deutliche Verbesserung der Umweltsituation in der landwirtschaftlich genutzten Fläche und stellen damit einen wichtigen Teil der postulierten gemeinwirtschaftlichen Leistungen der Landwirtschaft dar, für welche die Direktzahlungen gemäss Artikel 31a ja gedacht sind.

Ich bitte Sie deshalb, diesen wenigen konkret umschriebenen Punkten, welche in der nächsten Zeit zu verwirklichen und anzustreben sein werden, zuzustimmen. Es ist mir klar, dass nicht alles bereits zwischen dem 31. Dezember dieses und dem 1. Januar des nächsten Jahres mit einem Schalter umgestellt werden kann. Ich bitte Sie aber, Buchstabe f als Richtlinie zu unterstützen und ihm zuzustimmen.

Wanner: Mit der Annahme des Antrages Bircher Peter zu Artikel 31b Absatz 1c haben Sie eine richtige Weichenstellung vorgenommen. Nun geht es darum, festzulegen, wer in den Genuss der Direktzahlungen kommen soll. Primär gilt es meiner Ansicht nach, den bäuerlichen Familienbetrieb zu fördern; ob dieser ein Haupt- oder Nebenerwerbsbetrieb sei, ist für mich eine zweitrangige Frage. Im Gegenteil, wir werden in einer kommenden Landwirtschaftspolitik wahrscheinlich mehr Nebenerwerbsbetriebe haben, als es bereits heute schon der Fall ist. Dazu kommt ganz einfach das Kriterium der Bodenbewirtschaftung. Auch hier ist das Ziel klar: Wir sollen jene Betriebe fördern, die Boden bewirtschaften, damit eine sinnvolle volkswirtschaftliche Aufgabe erfüllen und vor allem dazu beitragen, dass Natur und Umwelt Rechnung getragen wird. Sie wissen auch, dass in den letzten Jahrzehnten andere Bereiche von der Agrargesetzgebung profitieren konnten, welche meiner Ansicht nach wenig mit Landwirtschaft im eigentlichen und im zu bevorzugenden Sinne zu tun hatten. Diesen Bereichen gilt es heute einen Riegel zu schieben, weil es die Steuerzahler kaum verstehen würden, wenn wir mit der Ausrichtung von Direktzahlungen zusätzlich jene Bereiche begünstigen würden, die, wie erwähnt, mit Landwirtschaft wenig oder nichts zu tun haben. Das ist der erste Teil meines Antrages zu Buchstabe a.

Zugegebenermassen gibt es Betriebe, die in Schwierigkeiten hätten kommen können, wenn ich nur den ersten Teil eingebracht hätte, Betriebe, die beispielsweise zu einem Kinderheim gehören oder in anderen Bereichen eine volkswirtschaft-

lich sinnvolle und in hohem öffentlichen Interesse stehende Aufgabe erfüllen. Wenn diese – das ist nun der zweite Teil meines Antrages – «im übergeordneten, öffentlichen Interesse liegen», können sie Direktzahlungen erhalten. Die Juristen und Juristinnen in diesem Saal werden mit mir einiggehen, dass das Kriterium «im übergeordneten, öffentlichen Interesse» eine hoch angelegte Messlatte ist, um zu Direktzahlungen zu kommen.

In diesem Sinne bitte ich Sie, meinem Antrag zu Buchstabe a zuzustimmen. Er ist im wesentlichen mit dem Antrag der Minderheit I (Hämmerle) vergleichbar, ermöglicht aber in sehr begrenztem Ausmass, Ausnahmen vorzusehen.

Gleichzeitig möchte ich etwas zu meinem zweiten Antrag, zu Buchstabe f sagen: Nachdem Sie, wie erwähnt, richtige Weichenstellungen vorgenommen haben und vor allem die Bedeutung und die Auswirkung von Artikel 31b massiv verstärkt haben, bin ich in der Lage, diesen Antrag zurückzuziehen.

Binder: Ich spreche zu Artikel 31a Absatz 4 Buchstabe e. Ich stelle Ihnen namens unserer Fraktion den Antrag, Buchstabe e zu streichen. Er verlangt einen hohen Bodenbedeckungsgrad mittels Unter- und Zwischensaat. Auch hier handelt es sich um das gleiche Problem wie im vorhergehenden Punkt. Es ist eine Forderung, die ganz klar in Artikel 31b und nicht in Artikel 31a gehört.

Sie müssen endlich einmal zur Kenntnis nehmen, dass wir Bauern als Partner mit der Natur arbeiten. Die Natur ist uns ein guter, ein verlässlicher Partner. Aber auch ein solcher Partner kann die Pläne des andern einmal durchkreuzen. Ich weiss, wovon ich spreche: Ich habe diese Unter- und Zwischensaat schon zu einer Zeit praktiziert, in der in diesem Saal noch nicht jeder wusste, worum es dabei geht. Ich bin davon überzeugt, dass es in diesem Saal noch heute Leute gibt, welche nicht wissen, worum es dabei geht. Sie müssen zur Kenntnis nehmen, dass auch sogenannte konventionelle Bauern in diesem Saal das Beste für die Landwirtschaft wollen – und nicht nur die Bauern, die nebenbei Juristen oder nebenbei Landwirte sind, oder die Pseudobauern und die Biobauern. Es gibt auch Bauern, die für diesen Staat und diese Landwirtschaft das Beste wollen, auch wenn sie eine andere Bewirtschaftungsweise haben.

Ich habe diese Unter- und Zwischensaat wie gesagt schon vor 15 Jahren praktiziert. Es gibt Jahre, in denen es sehr gut «funktioniert», dann ist es eine absolut gute Sache. Ich erinnere aber an das Jahr 1976, ein trockenes Jahr; ich erinnere an das letzte Jahr: Als ich die Zwischensaat gesät hatte, blieb der Regen aus. Der Mais wuchs beispielsweise weiter. Als der Regen kam, wuchs der Mais noch weiter, und die ganze Untersaat war hin: Die Kosten von zirka 200 Franken pro Hektare habe ich getragen, ohne dafür entschädigt zu werden. Ich bin auch heute der Meinung: Das machen die Bauern auch weiterhin so. Darum muss das in Artikel 31b als freiwillige Massnahmen aufgeführt werden.

Ich bitte Sie, diesen Antrag zu unterstützen und Absatz 4 Buchstabe e zu streichen. Sie können ihn von mir aus getrost in Artikel 31b übernehmen. Wir Bauern kennen das Problem; wir werden entsprechend handeln, wenn es vernünftig ist, ob das nun im Gesetz steht oder nicht.

M. Perey: Il est clair que le groupe que je représente n'a pas pu discuter les propositions présentées après coup. Par conséquent, l'avis que j'exprimerai est personnel. Nous allons voter lettre après lettre.

S'agissant de la lettre a, nous pouvons nous rallier à la proposition de M. Wanner. Il a expliqué le pourquoi, et je pense que nous pouvons y souscrire. Les lettres b et c ne sont pas remises en question. En revanche, les lettres d et e, selon la minorité II, devraient être biffées. Il est clair que ce qui figure sous ces deux lettres n'a rien à voir dans cet article. Ceux qui veulent maintenir ces dispositions devraient plutôt les inclure dans l'article 31b. Ce sont des mesures d'écologie qui n'ont pas leur place à l'article 31a.

La lettre f est celle qui a probablement été le plus discutée et je peux donc donner l'avis du groupe. Elle est assez effarante et je vous propose, au nom du groupe radical, de la refuser. En

effet, au moment où l'on parle de dérégulation, on veut tout régler dans cette loi. Cette lettre f est presque une injure aux paysans. La loi veut s'occuper de tout et leur dire ce qu'ils doivent faire. On veut pratiquement mettre le paysan sous tutelle. Il devra respecter la rotation que la loi lui imposera. On lui indiquera pour chaque culture ce qu'il devra faire. On enlèvera donc toute responsabilité au paysan. Ce qu'il aura appris durant son stage à l'école d'agriculture ou au cours de son expérience devra disparaître, et c'est la loi qui lui indiquera ce qu'il devra faire, ce qu'il devra semer. Voyez-vous, quand j'entends les théories de tous ces docteurs en écologie que nous avons parmi nous, cela me fait penser à un vieux dicton. «Celui qui sait, il fait. Celui qui ne sait pas, il explique aux autres». C'est un peu où nous en sommes actuellement.

Au nom du groupe radical, je vous demande de rejeter la lettre f, de soutenir les lettres a (version Wanner), b et c, et de biffer les lettres d et e.

Schmid Peter: Gestatten Sie mir ein pointiertes Plädoyer zu der hier zur Diskussion stehenden Frage der bodenunabhängigen Betriebe.

Erde, Wasser, Luft: Drei von vier Elementen nach altgriechischem Verständnis wird arg zugesetzt. Nachdem man uns in der Schweiz zum Glück nur mit einem Teilerfolg an Flüsse ohne Wasser gewöhnen wollte, hausiert man nun mit der Landwirtschaft ohne Boden. Und die Vertreter der Auto-Partei sind überzeugt, dass sie es schaffen, ohne Luft zu atmen. Wozu denn noch Natur? Man kann sie sich über das Fernsehen ins Haus liefern lassen; die Mattscheibe genügt! Ich möchte das absichtlich überspitzt zeichnen, um aufzuzeigen, welchen Absurditäten wir frönen und sie erst noch für menschlichen Fortschritt ausgeben.

Das neueste Kind unseres zergliedernden Denkens sind die Hors-sol-Kulturen, die allerdings mit Kultiviertheit nicht allzuviel zu tun haben. Sie finden allmählich schleichend Eingang in die Landwirtschaft. Offene Unterstützung haben sie zwar noch nicht; nach Auffassung der Kommissionsmehrheit wird den bodenabhängigen Landwirtschaftsbetrieben der Vorzug gegeben, womöglich mit einer Extraprämie. Aber die Betriebe mit der präparierten Nährflüssigkeit gehen nicht zwingend leer aus. Sie werden im Rahmen der ordentlichen Unterstützungen wohl nicht vergessen.

Wenn man schon Schneekanonen subventioniert, warum nicht auch Flaschengemüse? Ich frage mich nur: Wer schaut noch zum Boden, wenn die landwirtschaftliche Produktion einen Meter darüber stattfindet? Sind dann noch Subventionen für notwendig gewordene Bodenpflüger auszurichten, nur weil die Landwirtschaft nichts mehr mit ihm anfangen kann? Aber wer weiss, vielleicht werden dann wieder Flächen frei, die man anderen Zwecken zuführen kann. Ein Grund mehr, gegen das bäuerliche Bodenrecht das Referendum zu ergreifen! In Anbetracht der hohen Bodenpreise kann man dann ohne Boden nicht nur leben, sondern sogar noch gut leben. Das geht doch nicht so!

Ich bitte Sie, alle Anträge zu unterstützen, in denen die Direktzahlungen an naturnahe und umweltfreundliche Produktionen geknüpft werden. Eine Bedingung ist die bodenbewirtschaftende Produktion. Auf sie sollen die Zahlungen beschränkt bleiben. Die Hors-sol-Kulturen, eine Ausgeburt unserer ohnehin vom Boden der Realität abgehobenen Lebensmentalität, verdienen nicht staatliche Beihilfe. Hors-sol ist nicht nur eine bodenlose Anbaumethode, es ist auch eine bodenlose Unverfrorenheit. Dafür lassen sich keine sogenannten höheren Interessen geltend machen.

Ich bitte Sie daher im Namen der grünen Fraktion, den Minderheitsantrag I (Hämmerle) zu unterstützen.

Strahm Rudolf: Ich möchte zunächst speziell zu den Buchstaben d und e etwas sagen und dann noch die Position der SP-Fraktion zu allen Anträgen aufzählen.

Buchstabe d betrifft Ausgleichsflächen und Buchstabe e die Bodenbedeckung und Untersaaten. Die Kommissionsmehrheit stand hinter diesen beiden Anträgen zu den Buchstaben d und e. Wir sind schon erstaunt, dass Herr Binder diese jetzt bekämpft. Herr Binder entpuppt sich hier mehr und mehr

als Hardliner der Traditionalisten der konventionellen Landwirtschaft.

Bundesrat Delamuraz hat in seinem ersten ausführlichen Votum zu Artikel 31a wörtlich gesagt: «Ce n'est pas un article neutre, ... il va déjà dans le sens de la nouvelle politique agricole.» Wenn Sie jetzt die Buchstaben d und e wieder herausnehmen, sehe ich nicht mehr, welches die neue Richtung in Artikel 31a sein soll.

Die Ausgleichsflächen laut Buchstabe d wurden während der Kommissionsberatungen vom Bundesrat als Gegenantrag zum Minderheitsantrag III (Mauch Rolf) angeboten und dann in der Kommission mit grossem Mehr angenommen.

Die ökologischen Ausgleichsflächen gehören nicht nur zum Artikel 31b, sondern auch zum Artikel 31a. Ich kann auch sagen weshalb: Es sind nicht ökologische Gründe; die Grünbrache ist nicht eigentlich eine ökologische Aktion, sondern sie dient der Herausnahme von Produktionspotential, d. h. der Senkung der Ueberschüsse, vor allem beim Getreide. Deswegen muss das flächendeckend möglich sein und nicht nur im Bereich der biologischen Landwirtschaft.

Ich komme zum Buchstaben e. Das ist ein ganz spezielles Anliegen; denn es geht um die Bodenbedeckung. Es geht konkret darum, dass der Bund die Mehrarbeit für Untersaaten und Zwischensaaten entschädigt, zum Beispiel beim Mais oder bei andern Halbbrachen. Das ist auch nicht einfach ein ökologisches Postulat. Es dient nicht dem Naturschutz, sondern es dient einzig der Nitratverminderung im Grundwasser.

Sie wissen: Sehr, sehr viele Gemeinden im Mittelland, vom Bodensee bis zum Genfersee – vor allem in den Kantonen der Ostschweiz, in Schaffhausen, in Zürich, im Aargau und im Kanton Bern –, kämpfen gegen das Nitrat. Wir schätzen, dass die öffentliche Hand, die Gemeinden und Gemeindeverbände, die Wasserverbände Jahr für Jahr 100 Millionen Franken investieren, um neue Quellen zu erschliessen und das Nitratwasser zu ersetzen, und das sind Folgekosten der Landwirtschaft.

Mit den Maisuntersaaten – das ist eine Möglichkeit, nicht die einzige – oder überhaupt mit Unter- und Zwischensaaten kann man Nitratbinder anpflanzen, die das Nitrat vor allem auch zwischen den Vegetationsperioden binden. Wir möchten ja nicht, dass wir im schweizerischen Mittelland nur noch vom Mineralwasser leben müssen, weil wir zuviel Nitrat aus der Landwirtschaft im Trinkwasser haben.

Herr Binder sagt, das sei gut und recht, gehöre aber zu Artikel 31b. Diese Bestimmung gehört jedoch in den Artikel 31a, weil das eine Massnahme sein muss, die flächendeckend angewandt wird und nicht nur durch die Biobauern. Herr Binder, alle müssen es machen. Sie haben selber gesagt, dass Sie diese Saaten auch machen. Weshalb soll man die Mehrarbeit dafür nicht entschädigen?

Ich bitte Sie dringend, die Kommissionsmehrheit bei Buchstabe e zu unterstützen und diese Bodenbedeckung jetzt flächendeckend einzuführen. Wenn wir das nicht tun, bezahlt der Staat trotzdem, dann bezahlen es die Gemeindeverbände und die Wasserkorporationen.

Ich fasse zusammen: Die SP-Fraktion ist bei Buchstabe a für die Minderheit I (Hämmerle). Die Buchstaben b und c sind unbestritten. Bei den Buchstaben d und e unterstützen wir die Kommissionsmehrheit. Beim Buchstaben f unterstützen wir den Minderheitsantrag III (Mauch Rolf). Wir können aber auch mit dem Antrag von Herrn Wanner leben. Beide Anträge zum Buchstaben f haben etwas für sich.

Jaeger: Bei diesem Absatz 4 geht es um eine wichtige Bestimmung. Ich kenne die Argumente. Sie haben sie auch heute wieder gehört. Auch in der Kommission ist darauf hingewiesen worden, dass die Direktzahlungen unter Artikel 31a möglichst wenig mit Auflagen zu belegen seien. Wir sind aber der Auffassung, und zwar der überzeugten Auffassung, dass gerade auch im Bereich der flächendeckenden Produktion, also im allgemeinen Produktionssektor der Landwirtschaft, die Umweltverträglichkeit eine sehr wichtige Rolle spielt.

Sie kennen – wahrscheinlich schätzen sie nicht besonders viele von Ihnen – die Ueberlegungen von Herrn Kleinewefers, der auf diese Probleme hingewiesen hat. Vielleicht hat er das

in einem Ton geschrieben, der viele etwas vor den Kopf gestossen hat, aber auf der andern Seite hat er doch einige Wahrheiten gesagt, die hier zu bedenken sind. Es ist deshalb von ausserordentlicher Wichtigkeit, dass wir bei der traditionellen Produktion gewisse Auflagen machen, die dann für die Beiträge unter Artikel 31a und nicht nur unter Artikel 31b die Legitimation bringen. Dort geht es dann um etwas Neues, nämlich um die ökologischen Mehrleistungen.

Hier, wie gesagt, geht es aber nicht nur um Oekologie, sondern es geht auch um ökonomische Zusammenhänge. Herr Strahm Rudolf hat darauf hingewiesen, und ich möchte nochmals versuchen, das zu explizieren, was er gesagt hat.

Wir müssen darauf hinarbeiten, dass die ökologischen Folgekosten der Landwirtschaft möglichst abgebaut werden können; denn die ökologischen Folgekosten müssen wir bezahlen. Wenn wir beispielsweise keine Zwischen- und Untersaaten bei der Maisbepflanzung haben, dann ist es auf ganz natürliche Weise möglich, dass die Nitrate ins Grundwasser gelangen. Und dann müssen hier entweder elektrolytische Reinigungsmethoden gefunden werden, es müssen entsprechende Investitionen gemacht werden, oder es müssen Ausweichquellen gesucht werden. Das kann zu recht hohen Folgekosten führen, die dann der Staat aus den allgemeinen Mitteln bezahlen muss. Das wollen wir nicht; das wollen wir abbauen. Somit können wir auch sehr viele Ausgaben im Umweltschutz sparen, wenn wir hier präventiv wirksam sind. Deshalb der Buchstabe e.

Im weiteren haben auch die ökologischen Ausgleichsflächen eine ökonomische Bedeutung, denn Sie nehmen Produktionsfläche heraus. Und das ist wichtig, damit wir allmählich zu einer Reduktion der Mengenüberschüsse kommen. Ich glaube, das ist ein Gebot der Stunde, deshalb auch dieser Buchstabe d von Artikel 31a Absatz 4.

Auch die ausgeglichene Düngebilanz ist ebenfalls ein sehr wichtiges Anliegen. Ich möchte mich dem anschliessen, was andere gesagt haben. Ich könnte mich durchaus auch mit dem Vorschlag von Herrn Wanner einverstanden erklären. Ich finde, das wäre ein sinnvoller Kompromiss. Es ist ein pragmatischer Versuch. Aber wie gesagt, persönlich hätte ich lieber den Minderheitsantrag III (Mauch Rolf), das muss ich ganz offen gestehen. Aber wenn es nicht anders möglich ist: Wenn der Antrag Wanner durchkommt, können wir damit auch leben.

Zu Artikel 31a möchte ich im Namen unserer Fraktion insgesamt beliebt machen: die Buchstaben d und e von Absatz 4 im Sinne der Mehrheit, den Antrag der Minderheit III zum Buchstaben f und allenfalls, wenn Sie dem nicht zustimmen können, den Antrag Wanner zum Buchstaben f. Ich bitte Sie, in diesem Sinne zu beschliessen.

Hess Otto: Ich spreche zu Absatz 4 Buchstabe a. Ich bitte Sie, den Antrag Wanner zu unterstützen. Es ist richtig, dass der Kreis der Bezüger von Direktzahlungen grundsätzlich auf bodenbewirtschaftende bäuerliche Betriebe beschränkt wird. Dieser Grundsatz scheint mir absolut richtig; denn nur diese Betriebe erfüllen die im Leistungsauftrag enthaltenen Elemente, die Multifunktionalität. In dieser Formulierung sind aber die Nebenerwerbsbetriebe miteingeschlossen. Ich sehe deshalb überhaupt keine Veranlassung, eine Formulierung festzuschreiben, die von «bäuerlichen Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben» spricht. Eine solche Umschreibung schafft höchstens Verwirrung. Ich bitte Sie, den Antrag der Minderheit I (Hämmerle) abzulehnen.

Die Umschreibung «bäuerlicher Betriebe» ist in der Landwirtschaftspolitik zu einem eigentlichen Begriff geworden. Ich meine, dass es richtig und auch sinnvoll ist, wenn dieser Begriff auch in diesem Artikel 31a Eingang findet.

Der Antrag Wanner lässt zudem die Möglichkeit offen, Betrieben in Ausnahmefällen Direktzahlungen zu gewähren, sofern sie im übergeordneten Interesse liegen. Es ist nach meinem Dafürhalten richtig, wenn bei der engen Formulierung «bodenbewirtschaftende bäuerliche Betriebe» – die ich unterstütze – in diesem Artikel Ausnahmen möglich sind, sofern sie im öffentlichen Interesse liegen. Es kann immer wieder Fälle geben, wo durch die Formulierung, wie sie die Mehrheit und die

Minderheit I vorschlagen, Betriebe ausgeschlossen werden, obwohl sie Aufgaben erfüllen, die absolut im öffentlichen Interesse liegen.

Aus diesen Überlegungen bitte ich Sie, den Antrag Wanner zu Buchstabe a unterstützen.

Schwab: Ich spreche zu Absatz 4, und zwar zum Antrag der Minderheit III und zum Antrag Wanner zu Buchstabe f.

Düngebilanz, Fruchtfolge, Haltungsformen der Nutztiere im Antrag der Minderheit III: Ich möchte Sie bitten, dies abzulehnen. Wir haben schon eine dichte Regelung. Wir haben über das Gewässerschutzgesetz in Sachen Düngerangelegenheit eine Regelung, die zu kontrollieren schon weit genug geht. Nach dem Gewässerschutzgesetz ist jeder Bauer verantwortlich dafür, der die Gewässer verschmutzt. Er ist verantwortlich dafür, wenn seine Erde abgeschwemmt wird. In Sachen Tierhaltungsvorschriften sind wir – glaube ich – Weltmeister. Wir befinden uns bereits heute gegenüber den ausländischen Bauern sehr stark im Nachteil. Dieses Gesetz ist da und dort noch immer nicht vollzogen und hat uns schon einige Mühe gemacht. Wir wollen ja eine gesunde Tierhaltung; wir wollen diesem Gesetz folgen. Weitere Gesetze haben wir nicht nötig.

Die Konkurrenzfähigkeit unserer Landwirtschaft wird eingeschränkt, was heissen würde, dass vermehrte Direktzahlungen ausgerichtet werden sollten. Das Problem liegt darin, diese Direktzahlungen in grösserem Ausmass zu bekommen. Nun könnte man meinen, die Bauern hätten nichts verstanden im Zusammenhang mit der Bewirtschaftung, mit dem Einsatz von Hilfsstoffen. Gehen Sie in die landwirtschaftlichen Schulen und schauen Sie, was dort heute gelehrt wird. Wir müssen versuchen, mit dem Fachwissen und Können, das wir seinerzeit über die Schule mitbekommen haben, der jungen Generation Platz zu machen, die heute ausgebildet wird.

Letzten Freitag und Samstag war «Tag der offenen Tür» einer landwirtschaftlichen Schule im Seeland, inmitten eines Gebietes, wo der Gemüsebau, der intensive Ackerbau zu Hause sind. Schade, dass verschiedene Exponenten aus grünen Kreisen dort nicht anwesend waren. Ich weiss nicht, ob es aus Zeitmangel war oder ob sie die Wahrheit, die heute an den landwirtschaftlichen Schulen gelehrt wird, nicht mitbekommen wollten. Die Türen sind offen, gehen Sie hin.

Noch ein letzter Punkt: Wenn wir die Düngebilanz und die Fruchtfolgeregelung im Gesetz verankern wollen, braucht es einen Kontrollapparat. Wir sollten nur in den Gesetzen festhalten, was kontrolliert werden kann. Hier wäre es kaum möglich, die Kontrolle in der Masse durchzuführen, wie es erforderlich wäre. Wenn man das wollte, dann brauchte es einen Kontrollapparat, und dann müsste sich jeder Bauer fragen, wer denn eigentlich die Subventionen zugute habe, ob es die Kontrolleure seien, die tagtäglich, jahrein, jahraus auf dem Betrieb herumgehen, oder der Bauer, der die Arbeit ausführt.

Ich bitte Sie, den Antrag der Minderheit III sowie den Antrag Wanner zu Artikel 31a Absatz 4 Buchstabe f abzulehnen.

David: Die CVP-Fraktion hat sich für die Mehrheitsversion des Absatzes 4 ausgesprochen.

Zu den Minderheits- und Einzelanträgen kann ich folgendes bemerken:

Buchstabe a: Hier schlägt Ihnen die Mehrheit vor, wie in der Ständeratsversion den Begriff «bäuerlicher Familienbetrieb» zu verwenden. Herr Wanner spricht in seinem Antrag nur vom «bäuerlichen Betrieb». Ich nehme aber an, dass er damit dasselbe meint. Uns ist dieser Begriff jedenfalls wichtig.

Des weiteren will Herr Wanner dann eine Ausnahme machen und für nichtbäuerliche Betriebe dann die Direktzahlungen öffnen, wenn ein übergeordnetes, öffentliches Interesse besteht. Wenn man dem zustimmen will, dann sicher nur in einer ganz restriktiven Auslegung. Nach meiner Auffassung könnte das nur dort in Betracht gezogen werden, wo ein Betrieb nicht einem Bauern und einer Bauernfamilie verpachtet werden kann. Wo die Möglichkeit besteht, eine Verpachtung an eine Bauernfamilie vorzunehmen, sehe ich nicht ein, worin das übergeordnete, öffentliche Interesse zu sehen ist. Wenn die Ausnahme in diesem Sinne restriktiv ausgelegt wird, könnte man dem Antrag Wanner zustimmen.

Nach dem Antrag der Minderheit II (Binder) soll Buchstabe d (neu) und nach dem Einzelantrag Binder Buchstabe e (neu) gestrichen werden: Sie haben in Artikel 31a Absatz 1 festgelegt, dass durch die Direktzahlungen gemeinwirtschaftliche Leistungen – also Aufgaben, deren Erfüllung von den Bauern verlangt wird – abgegolten werden. Das heisst, es muss irgendwo gesagt sein, was der Inhalt dieser Leistungen ist. Die Mehrheit der Kommission ist der Meinung, das müsse mit den Buchstaben d und e zum Ausdruck gebracht werden. Wenn Sie nämlich die Buchstaben a bis c ansehen, finden Sie wenig Konkretes über gemeinwirtschaftliche Aufgaben und Leistungen, währenddem die Buchstaben d und e das wirklich konkretisieren, einzelne Leistungen eindeutig benennen. Ich bin der Meinung, dass es notwendig ist, in Absatz 4 diese zu erfüllenden Aufgaben und Leistungen zu bezeichnen.

Die Minderheit III (Mauch Rolf) will weiter gehen. Sie will die Düngebilanz und die Fruchtfolge einschliessen. Ihr Antrag deckt sich damit im wesentlichen mit dem Antrag Wanner zu Buchstabe f. Ausserdem enthält der Antrag der Minderheit III noch die Regelung bezüglich der Bodenbedeckung und der tiergerechten Haltung. Dazu muss ich sagen: Diese zwei Punkte sind bereits in den Buchstaben b und e enthalten. Insofern ist der Antrag der Minderheit III gleich zu gewichten wie der Antrag Wanner, der noch die Düngebilanz mit einer zeitlichen Verschiebungsphase und die Fruchtfolge einführt.

Der Antrag Wanner lag in unserer Fraktion und in der Kommission nicht vor. Ich persönlich könnte diesem Antrag zustimmen, gehe aber in diesem Punkt mit Herrn Binder davon aus, dass die Gewässerschutzregelung heute von der Landwirtschaft eine ausgeglichene Düngebilanz verlangt und dass das mit dem Gewässerschutzgesetz festgeschrieben ist. So gesehen bedeutet der Antrag Wanner eine nochmalige Klarstellung.

In diesem Sinne ersuche ich Sie, der Mehrheit zuzustimmen und beim Buchstaben a allenfalls dem Antrag Wanner zu folgen. Persönlich würde ich dem Buchstaben f gemäss Antrag Wanner auch zustimmen.

*Hier wird die Beratung dieses Geschäftes unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 13.00 Uhr
La séance est levée à 13 h 00*

Landwirtschaftsgesetz. Aenderung (1.Teil)

Loi sur l'agriculture. Modification (1ère partie)

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1992
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	12
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	92.010
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	17.06.1992 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1043-1066
Page	
Pagina	
Ref. No	20 021 250

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.